

Sozialdemokrat

3. Jahrgang. Organ der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezug-Verbindungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzählig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (inkl.).

3. Jahrgang.

Dienstag, 27. Feber 1923.

Nr. 47.

Die Profit-Neutralen.

Dem gewaltigen Kampf im Ruhrgebiet, in dem das waffenlose deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft der größten Militärmacht der Welt Widerstand leistet, sehen die wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt, England und Amerika, mit verschränkten Armen zu. Sie sehen ruhig zu, wie die mitteleuropäische Wirtschaft, die durch Krieg und Nachkriegszeit in ihren Grundfesten erschüttert wurde, weiter zerstört wird. Dieses Verhalten hat seine Ursache nicht nur darin, daß England und Amerika im Kriege mit Frankreich verbündet waren und England insbesondere sich fürchtete, die Entente mit Frankreich zu zerbrechen, weil dies einen neuen Krieg bedeuten würde, sondern weil dieses passive Verhalten den wirtschaftlichen Interessen der beiden Staaten entspricht, oder wenigstens mit den augenblicklichen Lebensinteressen Englands und Amerikas im Einklang steht.

Während man in einzelnen europäischen Ländern die schwächsten Anfänge einer besseren wirtschaftlichen Konjunktur merkt, ist in Amerika der gute Geschäftsgang unzweifelhaft schon eingetreten. Die amerikanische Stahlindustrie produziert bereits mit 80 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit, der Bestand des Stahltrübs an unerledigten Aufträgen war seit dem Beginn der Krise nicht so groß wie jetzt, für das erste Vierteljahr 1923 nimmt dieses gewaltige Unternehmen keine Aufträge mehr entgegen. Die gute Beschäftigung in der Textilindustrie hat zu einem Steigen der Baumwollpreise geführt, im Mittelpunkt der amerikanischen Textilindustrie, in Philadelphia, sollen in den letzten Monaten 68 neue Textilfabriken gegründet und 61 vergrößert worden sein. Seit einigen Wochen bereits macht sich ein Mangel an Arbeitern bemerkbar, Lohnerbhöhungen folgen in einer Branche nach der andern und in Regierungskreisen erwägt man bereits die Aufhebung der bestehenden gesetzlichen Einwanderungsbeschränkungen.

Dieser Aufschwung in den Vereinigten Staaten rührt daher, weil durch die lange Dauer der Wirtschaftskrise die Lager ausverkauft wurden und die Konsumtionsfähigkeit einer Bevölkerung von mehr als 100 Millionen Einwohnern einen Teil der Industrie immer wieder in Bewegung setzen muß. Aber auch der amerikanische Export hat sich gehoben. Und da ist es wichtig, festzustellen, in welche Länder die amerikanische Industrie exportiert. Während im Laufe des dritten Vierteljahres 1922 der Export nach Europa um 19 Prozent zurückgegangen ist, ist die Ausfuhr nach Südamerika um 36 Prozent gestiegen. Das Interesse der Amerikaner an Europa ist darum geringer geworden, weil sich der amerikanische Industrie in Südamerika und Australien, in Ostasien und Indien neue Absatzgebiete erschlossen haben. Das erklärt die Gleichgültigkeit, die sowohl die amerikanischen Finanziers, als auch die Politiker dieses Landes gegenüber Europa an den Tag legen und diese Gleichgültigkeit bleibt auch bestehen, trotz des imperialistischen Raubzuges der Franzosen im Ruhrgebiet.

Aehnlich sind es Englands ökonomische Interessen, die die Stellungnahme seiner Regierungsmänner zum Ruhrkonflikt bestimmen. Auch in England macht die Besserung der wirtschaftlichen Lage Fortschritte. Wie wir erst jüngst berichtet konnten, hat die Zahl der Arbeitslosen vom 1. Jänner bis zum 14. Feber um 122.000 abgenommen. England befindet sich also gleichfalls am Beginn einer besseren wirtschaftlichen Konjunktur und die englischen Grundbesitzer und Industriellen glauben, daß die Vorgänge im Ruhrgebiet das Herannahen der Hochkonjunktur beschleunigen werden. Durch die Besetzung des Ruhrgebietes gehen Deutschland wöchentlich etwa zwei Millionen Tonnen Kohle verloren, will die deutsche Industrie des unbefetzten Gebietes weiter produzieren, dann ist sie auf den Bezug ausländischer, in erster Linie englischer Kohlen angewiesen. Die englische Kohle ist von hervorragender Qualität und verträgt daher Transportkosten viel eher als eine Kohle von geringerem Heizwert. So erhoffen die englischen Grundbesitzer von einer längeren Dauer der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen einen guten Geschäftsgang und hohe Profite. Aber auch die englische Schwerindustrie glaubt, daß die deutsche Konkurrenzindustrie, die mit Kohlenmangel zu kämpfen hat, in erster Linie den inländischen Absatz wird befriedigen müssen, während die bisherigen Absatzgebiete Deutschlands England zufallen werden. Dazu kommt noch, daß der Export Englands in seine Kolonialländer im Steigen begriffen ist, und daß daher Englands Interesse an seinem mitteleuropäischen Absatzgebiet, insbesondere an Deutschland, geringer ist als vor dem Kriege.

Vor einer Vermittlung Amerikas?

Hardings Plan einer internationalen Garantie.

Berlin, 26. Feber. (Tsch. P. B.) Die „W. Z. am Mittag“ berichtet aus New York: Der amerikanische Botschafter in London, Harry D. Barry, der seit Neujahr in Amerika weilte, um mit dem Präsidenten Harding die europäische Lage zu beraten, hat Samstag abends im Klub der englischen Zeitungsverleger in New York den Journalisten folgende Erklärung abgegeben, die in der amerikanischen Presse die größte Sensation erregt hat. Er teilte mit, daß Präsident Harding eine Intervention in Europa vorbereite. Die Intervention werde zur Zeit zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung besprochen. Der Plan des Präsidenten Harding, der von ihm selbst entworfen ist, schlägt die Bildung einer internationalen Finanzkontrolle vor, unter die sich Deutschland vorbehaltlos stellen müßte. Die Kommission soll die tatsächliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands studieren und die weiteren Zahlungsverpflichtungen Deutschlands feststellen. Auf der anderen Seite müßte Frankreich, wenn die Intervention angenommen würde, das

Ruhrgebiet gegen diese internationale Garantie sofort räumen. Auch die Londoner Morgenblätter haben Telegramme über diese Mitteilung des Botschafters Barry im englischen Pressklub von New York erhalten. Einige Blätter erklären, daß der englische Ministerpräsident Bonar Law den Plan Hardings warm unterstützen werde. Die offizielle Beendigung des amerikanischen Planes werde innerhalb der nächsten vierzehn Tage erwartet.

Berlin, 26. Feber. (Eigenbericht.) Hier sind Gerüchte im Umlauf, daß von zwei neutralen Stellen aus Vermittlungsversuche unternommen werden sollen. Man darf diesen Versuchen aber keine allzugroße Bedeutung beimessen. Der eine soll von Holland ausgehen, der andere von Amerika. Präsident Harding plant angeblich, die Einsetzung einer internationalen Finanzkommission vorzuschlagen. Die Vereinigten Staaten und England würden die Kosten der Mission des Abkommens von Deutschland dulden. Bonar Law soll dem Plane sympathisch gegenüberstehen.

Die Besetzungen der letzten Tage.

Königswinter, 25. Feber. (Wolff.) Heute nachmittags wurde Königswinter von den Franzosen besetzt, und zwar durch Marokkaner. Von Oberkassel her kamen etwa 40 Mann Kavallerie und 60 Mann Infanterie. Gleichzeitig landete der Panzer „Rheinstein“ und brachte noch etwa 100 Mann. Sie besetzten das Rathaus, das Zollamt und die Zugänge zum Bahnhof. Der Bürgermeister protestierte gegen die Besetzung des neutralen Ortes. Nach halb 6 Uhr zog sich die Kavallerie wieder nach Oberkassel zurück.

Wessentalen, 25. Feber. (Wolff.) Die Bahnhöfe Wanne und Recklinghausen, die gestern von den Franzosen besetzt worden waren, sind wieder frei. Die Franzosen haben bei ihrem Abzug 14 Lokomotiven, 40 Personenzüge, 46 Postwagen und 160 mit Kohle und Eisen beladene Güterwagen weggeführt. Die französische Wache am Hauptbahnhof Essen ist zurückgezogen worden.

Frankfurt a. M., 25. Feber. (Wolff.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Montauban: Die Stadt, die bisher zur amerikanischen Zone gehörte, aber schon seit zwei Jahren ohne fremdes Militär war, wurde heute mittags von 200 Marokkanern besetzt.

Düsseldorf, 25. Feber. (Havas.) Französische Truppen haben ohne Zwischenfälle die Stadt Kaub, zwischen dem Koblenzer und dem Mainzer Brückenkopf, besetzt, um die am rechten Rheinufer Kaub und Mainz verbindende Eisenbahn, welche bisher von dem unbefetzten Gebiete abgeschnitten war, wodurch die Zollkontrolle illusorisch wurde, in ihre Hände zu bekommen. Die Besetzung Königswinter und Kaubs ist demnach eine logische Folge der neuen Zolllinie im Rheinland.

Witburg, 26. Feber. (Wolff.) Außer dem Landrat und seinem Stellvertreter sind vierzehn leitende Beamte der hiesigen Behörden sowie der Besitzer der „Witburger Zeitung“, der Geschäftsführer und der Redakteur verhaftet und weggeschafft worden.

Bu'dritter.

Düsseldorf, 25. Feber. (Havas.) Auf die Meldung, daß die streikenden Eisenbahner in Worms und Umgebung morgen unterstützungsbeträge erhalten sollen und daß die hierfür bestimmten Geldmittel bereits nach Worms geschickt worden seien, trafen die alliierten Behörden Maßnahmen, um die für die Unterstützung der Streikbewegung bestimmten Geldmittel rechtzeitig aufzufangen.

Wäre Englands und Amerikas Wirtschaft schwer geschädigt worden, dann hätten sich wohl die amerikanischen und englischen Staatsmänner bereit gefunden, den zwischen Deutschland und Frankreich entstandenen Konflikt irgendwie zu regeln. Da aber die beiden angelsächsischen Staaten aus der Besetzung des Ruhrgebietes nicht nur keinen Schaden erleiden, sondern sogar Vorteile ziehen, schauen ihre Staatsmänner mit verschränkten Armen zu, wie die mitteleuropäische

Jeder deutsche Abgeordnete ein Agent provocateur.

Berlin, 26. Feber. (Wolff.) Die französische Eisenbahnkontrolle in Ebnathorst vor Hamm holte den Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo bei seiner Ausreise aus dem Einbruchgebiet aus dem D-Buge heraus und brachte ihn unter bewaffneter Bedeckung zur Wache, die sich in einem Güterwaggon befand. Die Festnahme erfolgte auf Grund eines französischen Befehles, nach welchem deutsche Abgeordnete wie Agents provocateurs (!) behandelt werden sollen. Nach eifriger Durchsuchung des Geräts und einer ergiebigen Vernehmung wurde Dr. Hugo nach drei Stunden gestet, die Reise in das unbefetzte Gebiet fortzusetzen.

Harding für den internationalen Gerichtshof.

Paris, 25. Feber. (Havas.) Präsident Harding hat vom Senate die Ermächtigung zur Teilnahme der Vereinigten Staaten am internationalen Gerichtshof des Völkerbundes verlangt. Ein amerikanischer Vorbehalt besagt aber, daß die Teilnahme am Gerichtshof keine Annäherung der Vereinigten Staaten an den Völkerbund nach sich ziehen dürfe. Der Präsident erklärt, daß die öffentliche Meinung in Amerika für die volle Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem internationalen Gerichtshof sei.

Asquit verurteilt Frankreichs Aktion aufs Schärfste.

London, 25. Feber. (Tsch. P.) Asquith erklärte in einer Rede in Crowbridge, die Lage im Ruhrgebiete sei sehr ernst. Die Beziehungen Englands zu Frankreich würden einer großen entscheideneren Beurteilung der europäischen Politik einschließlich der englischen, als die augenblickliche Lage. Es sei schwer zu sagen, ob der Mißerfolg oder das Scheitern des französischen Ruhrabenteuers für die Zukunft Europas verhängnisvoller sein würde. Es sei klarer als je, daß die Autorität des Völkerbundes angesprochen werden müsse. Es könne sein, daß Frankreich nicht bereit sei, dies anzunehmen, es müsse jedoch versucht werden, es muß unmissverständlich der Beweis geliefert werden, daß die Isolierungsaktion keinerlei materielles oder moralisches Ergebnis zeitigen werde.

Wirtschaft immer mehr ruiniert wird. Aus dem Standpunkt der kapitalistischen Staaten zum Ruhrkonflikt erblickt man wieder, daß das ökonomische Interesse über die Politik der Staaten und damit das Schicksal der Menschheit entscheidet. Je weiter die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsvorwärts schreitet, desto mehr wird das Leben der Arbeiterschaft zum Spielball einer kleinen Gruppe von Großfinanziers und Industriekapitalisten der Welt.

Die Einigung der sozialistischen Jugend.

Dem Beispiel der sozialistischen Jugend folgend, haben auch die internationalen Vereinigungen der sozialistischen Jugendorganisationen für die Pfingsttage dieses Jahres nach Hamburg einen Einigungskongress einberufen. Der die Entwicklung der internationalen sozialistischen Jugendbewegung kennt, wird von dieser Entscheidung nicht überrascht sein. Daß der Zeitpunkt des Einigungskongresses der Internationalen der Parteien auch als Sitzungstag für die Einigung der Jugend internationalen gewählt wurde, beweist zwar, daß sich alle Jugendorganisationen mit ihren Parteien eng verbunden fühlen, doch konnte wohl kaum je von einer Einigung mit mehr Recht als von der bevorstehenden behauptet werden, daß sie erarbeitet wurde. Ein kurzer historischer Rückblick möge dies beweisen.

Der Krieg zerstückte auch die 1907 in Stuttgart gegründete internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen. Eine Anzahl von Jugendorganisationen — vornehmlich aus neutralen Ländern — traten zu Osnabrück 1915 in Basel zu einer Konferenz zusammen, in der sie beschlossen, die Jugendinternationale weiterzuführen. Sie machten den Organisationen auch entschiedenen Kampf gegen den Krieg zur Pflicht und übten zugleich heftige Kritik an der Haltung der sozialdemokratischen Parteien, der später in offenen Kampf ausmündete. Nach Beendigung des Krieges war der Kampf gegen die sozialdemokratischen Parteien fast die alleinige Tätigkeit dieser Organisationen, die inzwischen auch in den am Kriege beteiligten Ländern Anhänger gefunden hatten. Sie kamen damit immer mehr in das Fahrwasser der 1917 gegründeten dritten Internationale und verließen im gleichen Maße die in Stuttgart beschlossene Grundzüge (Bildungs- und Erziehungsarbeit, Kampf gegen Militarismus und wirtschaftliche Schwerkraft). Im Dezember 1919 wurde in Berlin die kommunistische Jugendinternationale gegründet, von der Gründungskonferenz wurden über besonderen Auftrag Einseitiges alle nichtkommunistischen Jugendorganisationen ferngehalten.

Wie bei den Parteien, so führte auch bei den Jugendorganisationen die Tätigkeit der Kommunisten allerorten zur verderblichen Spaltung (die Jugendbewegung Deutschlands zum Beispiel mußte eine dreimalige Spaltung mitemachen). Nur waren die Folgen bei der Jugend noch verheerender als bei den Erwachsenen. Der Weg der kommunistischen Jugendinternationale ging über tausende junger Sozialisten, die, erst von kommunistischen Phrasen berauscht, nach bitterer Enttäuschung der Arbeiterbewegung den Rücken wandten.

Aber auf die Dauer gelang es den Kommunisten nicht, die Jugendorganisationen zu beeinflussen. Die gesunde Lebenskraft, die ihnen innewohnte, mußte bald die kommunistischen Einflüsse überwinden haben. Ein schlagender Beweis hierfür ist die Entwicklung innerhalb der deutschen Arbeiterjugendbewegung in der Tschechoslowakei, wo trotz anfänglicher großer Mehrheit der Kommunisten (Verbandsrat in Karlsbad 1921: vier Fünftel Kommunisten, ein Fünftel Sozialdemokraten), diese zur vollständigsten Bedeutungslosigkeit herabsanken, während der Sozialistische Jugendverband sich prächtig entwickelte.

Die Zahl der Jugendorganisationen, die sich von der kommunistischen Verdrängung freigekalten oder freigemacht hatten, wurde immer größer, jedoch von verschiedenen Seiten Bemühungen gemacht wurden, eine internationale Zusammenfassung zu bewerkstelligen. Die Bemühungen führten dazu, daß anfänglich der Wiener Sozialistenkongress; im Februar 1921 auch eine Konferenz jener Jugendorganisationen stattfand, die den sogenannten zentralistischen Parteien nahestanden. Ihr Ergebnis war die Gründung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen, die als ihren Sitz Wien bestimmte.

Parallel mit diesen Bemühungen ging auch das Bestreben, jene Jugendorganisationen international zusammenzufassen, die den Parteien der zweiten Internationale nahestanden und ihre Charakteristik im großen Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands fanden. Nach einer vorbereitenden Konferenz im Jänner 1921 in Hamburg führten sie zu Pfingsten des gleichen Jahres in Amsterdam zur Gründung der Arbeiterjugendinternationalen.

Obwohl von den beiden letztgenannten Vereinigungen der Grundfaj wohlwollender Neutralität beobachtet wurde, war ein sofortiges Zu-

Eine neue Protestnote Deutschlands.

Gegen die Gewalttaten der französischen und belgischen Soldateska.

Berlin, 26. Feber. (Wolff.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note nebst Anlagen zu überreichen: Die Gewalttätigkeiten der französischen und belgischen Truppen gegen die Bevölkerung des Ruhrgebietes mehren sich in erschreckender Weise. In der letzten Woche zeigt sich immer deutlicher, daß die militärischen Befehlshaber selbst systematisch darauf ausgehen, die Bevölkerung zu terrorisieren. Die neuerdings vorgekommenen Fälle der Wegnahme von Privateigentum, der Ausweisung und Verhaftung von Beamten, der Strafmaßnahmen gegen ganze Städte sowie der Mißhandlung und Tötung von Privatpersonen sind so zahlreich, daß es der deutschen Regierung schlechterdings nicht mehr möglich ist, die Einzelfälle besonders zu behandeln, und daß sie sich einseitig darauf beschränkt, einzelne Fälle herauszugreifen. Eine Liste solcher Fälle ist beigefügt. Nach der Behandlung, die den deutschen Protesten bisher zuteil wurde, kann die deutsche Regierung nicht daran denken, daß ihre Mitteilung die französische Regierung jetzt zu einem Einschreiten gegen die Gewalttate ihrer Truppen veranlassen werde. Sie hält es gleichwohl für ihre Pflicht, der französischen Regierung das unerhörte Vorgehen ihrer Truppen immer wieder vor Augen zu führen. Damit ist sie keineswegs gewillt, mit der Auswahl solcher Beispiele die übrigen Fälle der Vergeßlichkeit preiszugeben, vielmehr behält sie sich vor, für jedes begangene Unrecht volle Genugtuung zu fordern.

In der umfangreichen Anlage, welche die deutsche Regierung dieser Note beigefügt hat, werden die Gewalttaten der französischen Truppen in Oberhausen und Bochum und ferner die Gewalttaten gegen die Bevölkerung von Neclinshausen und die Vorfälle auf dem Bahnhofe von Wanne und weitere Fälle von Mißhandlungen, Verhaftungen und Ausweisungen zur Kenntnis der französischen Regierung gebracht.

Biessagende Stimungsberichte der Franzosen

Düsseldorf, 24. Feber. (Savas.) In Bochum sind der Generalprokurator, der Bürgermeister und einige Stadträte, welche sich den Befehlen der Okkupationsbehörden widersetzt hatten, verhaftet worden. Gegenüber den Meldungen deutscher Blätter über Requisitionen in Bochum wird festgestellt, daß die Militärabteilungen approvisioniert werden, keineswegs aber das Offizierskasino, da es ein solches überhaupt nicht gibt. — Der Regierungspräsident ist aus Münster in

das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden. — In Herne ist das Rathaus besetzt und zwei Zeitungen verboten worden. — In Wanne ist der für die Bonkottierungen verantwortliche Vorsitzende des launmännischen Syndikates verhaftet worden. — In Essen ist ein Lager von Waffen, Uniformen und antifranzösischen Proklamationen beschlagnahmt worden. Auf den Gruben „Müdauf“ und „Rixdorf“ ist Kohle requiriert worden. Die Bergarbeiter stellen im Momente der Requisitionen die Arbeit ein, um Repressalien der Grubenbesitzer zu vermeiden. In Dortmund herrscht trotz der Verteilung nationalsozialistischer Proklamationen volle Ruhe. — Die Militär- und Personalzüge verkehren normal. Zwischen Köln, Aachen, Mainz und Düsseldorf verkehren in beiden Richtungen sieben Züge innerhalb 24 Stunden. Von Düsseldorf nach Aachen werden in der nächsten Zeit wieder drei Züge verkehren. — Im Ruhrgebiete sind 403 Waggons mit Nahrungsmitteln eingelangt und 63 von dort abgegangen. Wir haben 16 Züge mit Kohle nach Aachen, der Schweiz und Holland abgefertigt, drei nach Frankreich. Fünf Züge wurden angehalten und nach Weiden gebracht, wo wir 40 Tonnen Kohle in den letzten 14 Tagen angeliefert hatten. Auf dem Bahnhofe Weiden haben wir 66 Waggons mit Kohle und 36 Waggons mit Holz angehalten. — In Witten wurde der Bürgermeister, der sich geweigert hatte, einer Verordnung der Militärbehörden Folge zu leisten, in Haft genommen. Die Arbeiterschaft in Witten hat beschlossen, weiterhin im passiven Widerstand zu verharren. Delegierte der Berliner Gewerkschaften haben die Arbeiterschaft in Düsseldorf aufgefordert im Verhältnis gegenüber den Franzosen die größte Zurückhaltung zu beobachten. — Auf der Mainzer Bahnlinie zwischen Kapellen und Koblenz ist rechtzeitig bemerkt worden, daß an mehreren Stellen die Schienen aufgerissen waren. — In Oberhausen wurde ein Wachtposten von mehreren Deutschen, darunter einem Polizisten, angegriffen. Der Posten schoß und verletzte einen der Angreifer.

Die Lage in Essen und Gelsenkirchen hat sich erheblich gebessert. Nicht aber in Bochum geklärt, wo bei einer Durchsuchung in der dortigen Handelskammer zahlreiche Dokumente beschlagnahmt wurden. Bei einer Durchsuchung der Redaktion des Blattes „Das freie Wort“ in Düsseldorf, wurden 150 Kilogramm verschiedener Dokumente konfisziert. — Eine in den Gassen von Essen überfallene Wache verhaftete die Angreifer.

ganze zweite Verhandlungstag war der Erörterung dieser Probleme gewidmet. Nach Abschluß der Beratungen war es eine große Freude, die fast restlose Übereinstimmung in allen Fragen — bei Wahrung der sozialistischen Grundsätze — konstatieren zu können. Die Zulassungsbedingungen zum Kongress bestanden dies: nur jene Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die Erziehung der Jugend im sozialistischen Geiste anstreben, den wirtschaftlichen Kampf der Jugend nach den Grundsätzen des internationalen Gewerkschaftsbundes und den Kampf gegen Krieg und Militarismus nach den Bestrebungen des Soaiger Weltjugendkongresses führen wollen, sollen zugelassen werden. Auch

sammenarbeiten nicht möglich. Die Hauptschwierigkeiten lagen in Deutschland, wo zwei große Organisationen (Sozialistische Proletariatsjugend und Arbeiterjugend), die den beiden internationalen Vereinigungen angehörten, oft noch im beständigen Kampfe miteinander lagen. Auch bildete die etwas einseitige Betonung der kulturellen Erziehungsarbeit bei der Arbeitergemeinschaft ein Hindernis für das Zusammenkommen. Dort waren die Gegensätze nicht so groß, daß sie nicht eine grundsätzliche Aussprache beider Teile ermöglicht hätten. Diese Aussprache erfolgte dem auch am 14. und 15. Jänner 1922 in Leipzig und war von einem überraschenden Erfolge begleitet. Zunächst gelang es, die Gegensätze in Deutschland zu mildern, auch stellte sich in der Frage der wirtschaftlichen Kampfaufgaben eine völlige Übereinstimmung der Auffassungen heraus. Die Leipziger Beratungen endeten mit dem Beschluß, den internationalen Jugendtag (24. und 25. Juni 1922) gemeinsam zu feiern und einen gemeinsamen wirtschaftlichen Kampf anzubahnen. Das von der internationalen Arbeitergemeinschaft für den August 1922 nach Salzburg erberufenen internationale Jugendtreffen war von den Organisationen beider internationalen Verbindungen massenhaft besucht. Über 6000 Jugendliche aus 12 Ländern waren dort zusammengekommen, um für die gemeinsamen Ziele und Forderungen zu demonstrieren. Beim Salzburger Treffen fanden auch Beratungen der beiden Exekutivkomitees statt, an denen auch der Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes teilnahm, und die mit der Beschlußfassung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Kampfprogrammes endeten.

Seit Salzburg hat sich nun mancherlei ereignet, das auch für die internationale Einigung förderlich war. Vor allem fällt in diese Zeit das Erstarken der politischen Reaktion in Deutschland, das zur Einigung der deutschen sozialistischen Parteien und kurze Zeit nachher zum Zusammenstöße der beiden deutschen Jugendorganisationen führte. Am 28. und 29. Oktober fanden in Leipzig Reichskonferenzen beider Organisationen statt, denen die Einigung folgte. Eines der Haupthindernisse der internationalen Einigung, die Zerklüftung in Deutschland, war damit überwunden. Und die kaum neun Monate nach der ersten gemeinsamen Sitzung, bei der die Vertreter der deutschen Bewegung sich noch heftig in den Haaren lagen! Die ökonomischen Verhältnisse erwiesen sich wieder einmal als Machtfaktoren, deren Einflüsse sich niemand entziehen kann.

Die Einigung in Deutschland ließ auch die Beziehungen zwischen den beiden internationalen Vereinigungen inniger werden. Auf dem Soaiger Weltfriedenskongresse einigten sich beide Richtungen auf ein gemeinsames Vorgehen, das darin ihren Ausdruck fand, daß sie ihre Vertreter in den Kommissionen und ihre Sprecher gemeinsam bestimmten. Auch die wirtschaftlichen Aufgaben der Jugendorganisationen wurden erneut besprochen und wieder konnte volle Einmütigkeit festgestellt werden.

Nachdem nun die Internationalen der Parteien ihren Einigungskongress angefaßt hatten und die Klärung der Verhältnisse bei den internationalen Jugendverbänden in so hohem Maße erfolgt war, war der Weg zur Einigung gebahnt. Die Leipziger Beratungen am 3. und 4. Februar setzten den vorläufigen Schlußstein durch die Einberufung des Einigungskongresses nach Hamburg für den 25. Mai 1923.

die Tagesordnung des Kongresses bringt dies zum Ausdruck. Sie umfaßt fünf Referate über den wirtschaftlichen Kampf, die politische Erziehung, die kulturellen Aufgaben, den Kampf gegen den Krieg und die Einigung), die eine Beschlußfassung über die für die Arbeiterjugend wichtigsten Fragen notwendig machen.

Die Einigung wird aber auch nicht die Kapitulation des einen Teiles vor dem anderen bedeuten. Wie die Vorbereitungen dazu durch die Arbeit und den Willen beider Teile geschaffen wurden, werden auch in der künftigen Jugendinternationalen beide Teile tätig sein und Ziel und Richtung bestimmen. Ganz sicher aber wird der Geist der internationalen Arbeitergemeinschaft in der neuen Internationalen lebendig sein. Die Tatsache, daß die drei wichtigsten Referate (das über den wirtschaftlichen Kampf, das über die politische Erziehung und das über den Kampf gegen den Krieg) Genossen aus den Reihen der Arbeitergemeinschaft übertragen wurden, berechtigen zu dieser Überzeugung. Wir können also voller Zuversicht dem Entstehen der neuen sozialistischen Jugendinternationalen entgegengehen und der Hoffnung sein, daß sie ein taugliches Kampfinstrument für die Arbeiterjugend sein werde.

Die Einigung wird allerdings ohne die Kommunisten erfolgen. Sie haben sich in den letzten Jahren durch ihre verderbliche Tätigkeit außerhalb der Gemeinschaft jener gestellt, die ehrlich die internationale Einigung wollen. Davan ändert auch jetzt ihr lautes Rufen nach der Einheitsfront nichts, das ja nur Heuchelei ist. Wir werden nicht vergessen, daß es Müjzenberg, der frühere Sekretär der kommunistischen Jugendinternationalen, war, der am 21. Feber auf einer Konferenz in Wien erklärte: „Ein Zusammenarbeiten zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten in einer Internationale gibt es nicht.“ Sie sind heute nur zum Schein andere geworden. Wenn sie die Parole der Einheitsfront herausgeben, so nur, weil sie hoffen, dadurch für ihre Organisation Vorteile zu ergattern. Dazu die Hand bieten. Erst dann, wenn sie den Beweis erbracht haben werden, daß es ihnen mit der Verteidigung der Interessen der Arbeiterjugend Ernst ist, wird an eine Gemeinsamkeit mit ihnen gedacht werden können. Bis dahin aber, darüber wollen wir im klaren sein, ist noch ein weiter Weg. Ernst Paul.

Inland.

Exsozialdemokraten. Die tschechischen Sozialdemokraten haben sich an die Spitze des Kampfes für das Ausnahmsgesetz gestellt, das auf Befehl der Nationaldemokraten gemacht ist und der Anebelung und Unterdrückung jeder politischen Freiheit, insbesondere aber der Freiheit der Arbeiterbewegung dienen soll. Sie ernten hierfür auch schon den Dank der bürgerlichen Koalitionspresse. Der Herr Minister Gramel läßt die Bechnepartei in seinen „Lidove Listy“ wie folgt belobten: „Daß sich die tschechische Sozialdemokratie des Klassenkampfes in seiner grundlegenden Form begeben hat und daß sie so dem wilden Sozialismus entsagt, davon zeigt eine Notiz des getriggen „Pravo Lidu“, in der die Arbeiter aufgefordert wurden, sich selbst und die Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen nach dem Werte der Arbeit und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft einzuschätzen. Die wirtschaftlichen Bedingungen und eine gewisse materielle Sättigkeit über eine Wirkung auf die Ansichten der offiziellen Sozialdemokratie aus. Weder die Sozialdemokraten, noch die tschechischen

Der tschechische Staat in Sibirien.*)

Der Militärkongress in Omsk hatte in „Resolutionen und Resolutionen eine Art Verfassung der tschechischen Armee geschaffen und die Vorlage über die „Soldatenvertretungen“ war nach Überwindung der Obstruktion der Offiziere angenommen. Zugleich hatte er beschlossen, daß der neu gewählte Nationalrat (die „Zweigstelle des Pariser Nationalrates“), der die Regierung darstellt, die Wahlen zum Parlament auszuschreiben und dieses spätestens Anfangs November 1918 einberufen sollte. Aber die Offiziere sabotierten die Verfassung und suchten namentlich den Zusammenritt des Parlaments zu verhindern. Dabei werden sie von der wachsenden Reaktion in Sibirien unterstützt. Im September bildeten in Ufa alle antibolschewistischen Elemente ein Direktorium und es gelang den Reaktionsären, den eingeschüchterten Sozialrevolutionären die Einsetzung des Admirals Koltshaf als Kriegsminister abzuwidmen, obwohl er erklärt hatte, mit den Sozialisten nicht zu regieren. Um diese Zeit war nahezu ganz Sibirien in den Händen der tschechischen Armee, die durch eine Mobilisierung ihre Stärke wesentlich vermehrt hatten. General Gajda sucht nun den Kampf gegen die Bolschewiken energisch zu betreiben und dringt bis Perm vor, stößt dort aber auf den härtesten Widerstand, da die Bolschewiken ebenfalls durch eine Mobilisierung ihre Kräfte verstärkt hatten. Die Tschechen sehen, daß an der Front nicht, wie man ihnen vorgespiegelt hatte, Deutsche stehen, und weigern sich, zu kämpfen. Vergessens nicht der Oberleutnant Svec durch seinen Selbstmord die Massen umzustimmen. Die Armee muß sich zurückziehen. Selbst französische Kompanien, die ihnen zur Hilfe geschickt worden waren, verlassen unter den Rufen „la guerre finit!“ (Der Krieg beendet) die Front.

* Siehe den Artikel „Die tschechischen Regionen in Rußland“ in unserer Sonntagsnummer.

Als dann noch die Nachricht von der Kapitulation der Mittelmächte und von der Gründung der tschechoslowakischen Republik kommt, ist für die tschechische Armee die Grundlage für jeden weiteren Krieg verschwunden und sie begehrt so rasch als möglich in die Heimat gebracht zu werden. Die Offiziere aber wollen sie im Interesse der russischen Gegenrevolution weiter in Sibirien behalten, die eben einen neuen Schlag vorbereitet.

Am 18. November 1918 erklärt sich Koltshaf zum Herrscher von Sibirien und General Gajda, der mit ihm im Einvernehmen war, gibt der tschechischen Armee den Auftrag, sich der neuen Regierung zu unterwerfen. Welcher Art diese neue Regierung war, zeigte am 22. Dezember die Ermordung der sozialistischen Führer in Omsk. Die offene Unterstützung der blutigen Regierung und der Uebermut der Offiziere bringen die Massen der Armee in Aufregung und immer lauter ertönt der Ruf nach dem Parlament, zu dem noch immer nicht die Wahlen angegeschrieben waren. Einzelne Regimenter verweigern den Gehorsam, so lange nicht das Parlament einberufen wird. Aber obwohl diese Forderung auch von den sozialistischen Mitgliedern des Nationalrates erhoben wird, wird sie von den Generalen sabotiert. Immer schärfer wird der Gegensatz zwischen den Offizieren, die für die Interventionenpolitik sind, und den Massen, die nach Hause verlangen. Da die Führung der Armee in die Heimat die aufregendsten Berichte über den Zustand der Armee geschickt hatte, kommt der Kriegsminister General Stefanik mit dem französischen General Janin, um die Zustände zu untersuchen, zugleich aber auch, um die Soldaten zur Interventionenpolitik zu bekehren. Stefanik deutet an, daß die Entente binnen wenigen Monaten von Sibirien aus die Bolschewiken besiegen werde, ist aber nicht instande, den Widerstand der Legionäre gegen den Krieg und die Militärdiktatur zu besiegen. Es kommt zum offenen Widerstand auch gegen ihn und schließlich muß er den Befehl erlassen, die Armee von der Front zurückzuführen.

Sie soll nun die Magistrate, die sibirische Eisenbahn, bewachen. Er weigert sich aber, das Parlament einzuberufen und löst auch den Nationalrat auf. Um aber den Unwillen der Massen zu besänftigen, gibt er Gajda Urlaub auf unbestimmte Zeit mit der Erlaubnis, in die Armee Koltshafs einzutreten. Dann weist er ab, aber nach seiner Abreise kommt ein schriftlicher Befehl von ihm, der die vom ersten Militärkongress beschlossene Verfassung aufhebt. General Zwoy erklärt nun die Soldatenvertretungen und die Vertrauensmänner für aufgehoben. Zugleich werden die Bezüge der Offiziere erhöht: sie sollen nun zehnmal so viel erhalten, wie die Mannschaft, während sie bisher bloß das Vierfache hatten. Die Armee war nun aus einer revolutionären Legion in eine reguläre Armee verwandelt. Man glaube sie nun in die Dienste Koltshafs pressen zu können, gegen dessen Gewaltherrschaft sich damals allerorten die Bevölkerung erhob. Da die Truppen Koltshafs zu den Aufständischen übergingen, sollte ihm die tschechische Armee zur Verfügung gestellt werden.

Während dessen hatte sich auch Gajda, der die Macht Koltshafs dahinschwenden sah, mit Koltshaf überwunden und suchte Beziehungen zu dessen Feinden. Die reaktionäre Führung der tschechischen Armee sucht Koltshaf zu helfen, indem sie ihm Truppen gegen die Aufständischen schickt. Ganze Formationen verweigern aber den Kampf gegen die Bauern. Die Besatzung von Jekaterinburg beruft nun den Kongress auf eigene Faust ein und dieser tritt am 20. Mai 1919 in Tomsk zusammen. Er beschließt, mit allen Mitteln den Transport in die Heimat zu beschleunigen, und verlangt die Wiederherstellung der von Stefanik aufgehobenen Verfassung. Aber die reaktionäre Führung ist nicht gesonnen, nachzugeben. Sie erklärt ausdrücklich, daß man zuerst Sibirien beruhigen müsse. Da die Versuche des Kongresses, durch eine Deputation eine Verständigung herbeizuführen, vergeblich waren, beschließt der Kongress, seinen Sitz nach Irkutsk zu verlegen. Als aber die erste Hälfte des

Kongresses dort angekommen ist, wird sie von General Zwoy verhaftet und schließlich in Wladivostok interniert. Die Armee gerät neuerlich in Erregung und ganze Abteilungen verlangen, die Strafe mit den 53 internierten Delegierten zu teilen. Man beruhigt sie mit dem Hinweis darauf, daß eine Abordnung der tschechoslowakischen Regierung unter Führung des Sozialdemokraten Krejci unterwegs sei, die die Entscheidung treffen werde. Schließlich gelingt es der Führung, den Sieg zu erringen. Aber Koltshaf hat nichts mehr davon. Denn die Bolschewiken stehen vor Omsk und die Truppen Koltshafs wenden sich gegen ihre Führer. Hunderte Offiziere werden von ihnen niedergemacht oder gefesselt den Bolschewiken übergeben.

Während dessen kommt die Abordnung aus der Tschechoslowakei an. So sehr man sie irreführen sucht, so erfährt sie doch von den Legionären, daß diese nicht gewillt sind, sich als Obergegn Koltshafs gebrauchen zu lassen. Sie muß auch erklären, daß man, als sie im Juni aus Prag abreiste, ihr ausdrücklich gesagt habe, daß ein Befehl zum Kämpfen nicht von Paris, sondern von Prag kommen müsse. Sie hatte auch den Auftrag, die Armee so schnell als möglich über Wladivostok nach Hause zu bringen. (In Paris hatte allerdings Kramarsh versucht, sie zur Interventionenpolitik zu bekehren). Tatsächlich war auch im September eine Depesche von Bnesch eingelangt, die die rasche Heimfahrt anordnete. Trotzdem ist die reaktionäre Führung nicht einzuschüchtern und der französische Oberbefehlshaber Janin gibt vertrauliche Anweisungen für die Unterstützung Koltshafs an die Offiziere hinaus.

Schließlich sieht aber auch er ein, daß Koltshaf nicht zu retten ist. Gajda hatte das schon früher erkannt und sich von ihm getrennt. Gerade während Koltshafs Stab in den größten Not ist, muß General Janin den Befehl geben, daß die Eisenbahn zuerst die Tschechen befördern müsse und dann erst die Sachen Koltshafs. Auch Pavlu wird fallen gelassen und muß in die Heimat abreisen.

Sozialisten sind also reine Arbeiterparteien. Es ist das ein Gewinn an Ideen und ein Verlust an Agitationsmitteln. Welch' wunderbare Dinge aber in der tschechischen sozialdemokratischen Partei, die nach der Ansicht der Meritalken an Ideen gewinnt, sich vollziehen, das erzählt man aus der „Reforma“, die zunächst erzählt, daß die tschechische sozialdemokratische Partei eine Partei der besseren (?) Arbeiterschaft, Angestellten und Unterbeamten geworden sei. Senator Džidic bemühte sich nun um die Reorganisation der Partei. Er beantragte, in der Partei neben den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen auch gewerkschaftliche Organisationen für den Mittelstand zu gründen, in denen die sozialistischen Gewerbetreibenden, Advoakaten, Lehrer und Intelligenzien vereinigt würden. Das Organ der politischen Gewerbetreibenden hält dafür, daß auch die Reinigung in der nationalsozialistischen Partei mit dem Eintritt Dr. Beneš's in diese Partei zusammenhänge und daß danach eine Brücke zwischen den beiden Parteien bilden werde, welche sich heute eigentlich durch nichts mehr voneinander unterscheiden. Sobald diese beiden Parteien vereinigt sein würden, läme es auch zu Neuwahlen. Es bleibt abzuwarten, was an den Mitteilungen der „Reforma“ wahr ist. Aber kennzeichnend für die Zustände in der tschechisch-sozialdemokratischen Partei ist es, daß solche Gerüchte verbreitet und in tschechischen Kreisen auch allgemein geglaubt werden.

Die wahren Absichten der tschechischen Nationaldemokraten enthüllt die von Zeit zu Zeit in der „Narodni Democracie“ leitende „Mikš“. Sie schreibt über das Schutzgesetz, das ihr viel zu wenig schärft erscheint, unter anderem: „Auf die Ermordung des Ministers Dr. Raskin und auf die Begleiterscheinungen, die mit dem Attentat verbunden waren, hätte es eine einzige richtige und klare Antwort gegeben und zwar die, welche Jugoslawien auf einen bloßen Attentatsversuch in den Paragraphen 1, 12, 13, 14, 16 und 18 seiner „Obzana“ (das ist das jugoslawische Ausnahmengesetz) gegeben hat. Es verbietet die kommunistische und anarchistische Propaganda, es verbietet den öffentlichen Angestellten Streiks, es verbietet Abzeichen, Manifestationen, ja das bloße Aushängen einer roten Fahne, es löst alle Kandidaten und kommunistischen Organisationen auf und stellt endlich in § 16 des Gesetzes fest, daß ein Kommunist nicht Abgeordneter oder Gemeindevertreter werden konnte, daß er nicht im öffentlichen Dienst sein dürfe, ja daß er nicht einmal in einer Privatanstalt angestellt sein dürfe, wenn diese eine öffentliche Subvention genießt. Wenn bei uns der Mut vorhanden wäre, mit einem ähnlichen Gesetz zu drohen, ja wenn die Vorläge des Gesetzes zum Schutze der Republik nur etwas schärfer wäre, müßten wir nicht zugeben, daß eines der Vorläge zu verurteilen und verurteilt werden, daß es ein wirklich verlässliches Abwehrmittel in jedem kritischen Moment wäre.“ Die Nationaldemokraten möchten wahrscheinlich auch das Aushängen von roten Fahnen am liebsten mit dem Tode bestrafen. Aber nicht nur das, der nationaldemokratische Universitätsprofessor und Philosoph Dr. Mareš trat in einer Rede auch dafür ein, daß in das Schutzgesetz eine Bestimmung aufgenommen werde, nach der auch die ironische Schmähung der Republik strafbar sein soll! Diese Beispiele genügen wohl zum Beweise dessen, was die Nationaldemokraten wollen.

Das Abgeordnetenhaus tritt heute um ein Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, in

der die Debatte über die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit fortgesetzt werden wird. Zu den Dringlichkeitsinterpellationen wird Ernährungsminister Dr. Fraun, Minister für öffentliche Arbeiten Dabman und Minister für soziale Fürsorge Srba sprechen. Man glaubt, daß der Unterausschuß, der vom verfassungsrechtlichen Rumpfausschuß mit der Ausarbeitung der Abänderungsanträge des Schutzgesetzes beauftragt wurde, mit seinen Arbeiten bis Dienstag fertig sein werde und daß an diesem Tage daher auch der verfassungsrechtliche Ausschuss zusammentreten wird, um das Schutzgesetz nach dem Antrag des Unterausschusses zu verhandeln. Zu dem Gesetz haben die nationalsozialistischen Abgeordneten Bartosel, Hrusovsky und Patejdi Abänderungsanträge überreicht. Am Mittwoch wird der Unterausschuß auch das Gesetz über den Staatsgerichtshof behandeln. Am Dienstag den 6. März dürfte das Schutzgesetz in das Plenum des Hauses gelangen, welches sich mit ihm ungefähr zehn Tage befassen wird. Nach einer kurzen, 14 Tage bis drei Wochen betragenden Pause, wird das Haus in die Frühjahrsession eingehen, um das Mieterschutzgesetz, die

Sozialversicherungsvorlage und das Gesetz über die Novellierung der Vermögensabgabe zu verhandeln.

Die Krise in der tschechischen sozialistischen Partei hat nunmehr in die Slowakei übergriffen. So hat es in der Preßburger Organisation dieser Partei Mißstimmung hervorgerufen, daß aus dem „Cesko Slovo“ die mit der Linken sympathisierenden Redakteure entlassen wurden. Der Sekretär der Preßburger nationalsozialistischen Organisation Arnold hat, da er ein Anhänger Urbenš's ist, gekündigt. Mit dem Ereignissen der Preßburger Organisation wird sich die nächste Vollzugsausführung der tschechischen nationalsozialistischen Partei befassen.

Ein gewesener Minister — Jaskin. Unsere feierzeitige Nachricht, daß sich unter den Organisatoren der nationalen Bewegung auch der gewesene Gesundheitsminister Dr. Prochazka befindet, wird durch eine Meldung des „Cesko Slovo“ aus Bratislava bestätigt. In dieser heißt es nämlich, daß in einer am Montag stattfindenden Parteiversammlung der gewesene Minister Dr. Prochazka referiert. Er hat also die „Gesundheit“ mit dem Faschismus veräußert.

Unser Kampf gegen das Schutzgesetz.

Massenversammlungen in Karlsbad, Chodau, Reudel, Falkenau und Komotau.

Karlsbad, 26. Februar. (Eigenbericht.) In Westböhmen fanden gestern in Karlsbad, Chodau, Reudel und Falkenau Protestkundgebungen gegen das Schutzgesetz statt, die geradezu massenhaft besucht waren.

In Karlsbad

tagte die Versammlung unter freiem Himmel auf dem Becherplatz, auf dem viele tausende Menschen versammelt waren. Genosse Sillebrand erstattete ein von wiederholten Beifallskundgebungen unterbrochenes Referat, worauf Genosse de Witt unter schärfsten Protest dagegen, daß die Staatsverwaltung unter Mißachtung der Gemeindevertretung das Stadthaus mit Gendarmerie belegt hatte, die Resolution zur Verlesung brachte, die einstimmig angenommen wurde. Die Versammelten begaben sich dann mit ihren Deputationen zur politischen Behörde, der die Resolution überreicht wurde. Hiermit fand die Demonstration ihr Ende. — (Die Kommunisten hatten den Schützenhausaal gemietet, weil sie meinten, daß die Sozialdemokraten ihnen den Saal füllen werden. Den größten Teil ihrer Versammlungsteilnehmer stellten aber die Bürgerlichen, die allerdings um den Genuß gebracht wurden, das Geschimpfe des angeführten Herrn Kreibitz auf die Sozialdemokraten anzuhören. Sie mußten sich mit der Rede eines Herrn Rohu aus Prag begnügen. Neben den Bürgerlichen gab es auch viele Gelbe und eine Anzahl Sozialdemokraten dort, die dazu beitrugen, der kommunistischen Versammlung einen Ansehenswertigkeit zu verschaffen.)

In Chodau

war die Versammlung, in der Genosse Palme referierte, massenhaft besucht. Da das Lokal die Teilnehmer nicht fassen konnte, mußte die Versammlung auf den Marktplatz verlegt werden. — Nach geringerer Schätzung waren dort mehr als 2000 Perso-

nen anwesend. Nach dem Genossen Palme kam ein Kommunist Singer aus Prag zu Wort, der es nicht unterlassen konnte, auf die Führer loszugehen, die nach seiner Meinung die Schuld daran tragen, daß die Einheitsfront nicht zustande kommt. Welche Führer er meinte, ging aus seiner Rede allerdings nicht hervor. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Reudel

sprach Genosse Dr. Solitscher vor einer in hiesigen Sälen erschienenen Zuhörerschaft, welche dichtgedrängt den Saal des Herrenhauses füllte. Die Menschenmenge stand bis auf die Straße hinaus und viele mußten wieder wegzugehen, weil sie keinen Platz mehr fanden. Der Redner wurde wiederholt durch Beifall und Zustimmungskundgebungen unterbrochen. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

In Falkenau

gestaltete sich die Versammlung, die dort im Hotel „Weber“ unter dem Vorsitz des Genossen Kaytag, zu einer Massen demonstration. Der große Saal, die Galerie, alle Nebenlokale und selbst die Bühne waren längst mit Menschen dicht gefüllt und noch immer strömten neue Besucher hinzu, sodaß ein bedrückendes Gedränge herrschte. Die Kommunisten hatten schon die ganze Woche hindurch durch Plakate zu einer Schutzgesetzversammlung Propaganda gemacht, verzichteten aber im letzten Augenblicke auf deren Abhaltung, beteiligten sich an der von der sozialdemokratischen Bezirksorganisation einberufenen und verlangten, daß auch ihre erschienenen Redner zu Worte kommen, wouüber sich eine längere und erregte Debatte entspann, bis man sich schließlich den kommunistischen Redner ausnahmsweise und nur diesmal das Wort zu einer entsprechenden Erklärung erteilte. Als Referent war Senator Genosse Löw aus Karlsbad, mit lautem Beifall be-

grüßt, erschienen, welcher in einer einseitigen Redde das Schutzgesetz verurteilte. Der anwesende Regierungsvertreter mahnte den Redner des öfteren zur Mäßigung, was aber unberücksichtigt blieb und dem Redner Anlaß gab, gerade daran zu zeigen, wie weit man in dem demokratischen Staate gekommen ist. Der Redner der Kommunisten erklärte, daß er mit den Ausführungen des Genossen Löw einverstanden sei und sich nur deshalb zu Worte gemeldet habe, um zu bekunden, daß in dieser Angelegenheit auch die Anhänger seiner Partei derselben Ueberzeugung seien. Die vorgeschlagene Resolution wurde gegen drei kommunistische Stimmen angenommen. Nach einem Schlußworte des Gen. Kay, welcher erklärte, den Ausführungen des Referenten und der Resolution nicht nur zuzustimmen, sondern auch in diesem Sinne zu handeln, fand diese imposante Versammlung ihren Abschluß.

Versammlung in Blabings.

In Blabings fand Samstag, den 24. ds. eine ausgedehnte beschlossene Versammlung statt, in der Senator Gen. Polach aus Brünn über die politische und wirtschaftliche Lage sprach. Er behandelte unter anderem das Gesetz zum Schutze der Republik. Die sachliche Behandlung dieser Vorlage, die sich gegen den letzten Rest der Freiheit in diesem Staate wendet, machte auf die Versammlung einen tiefen Eindruck und rief die stärkste Entrüstung hervor. Mit einigen auffeuernden Worten schloß der Vorsitzende, Bürgermeister Gen. Lottwitz, die Versammlung.

Versammlung in Komotau.

Komotau, 26. Jänner. Am Sonntag fand in Komotau eine von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufene Massenprotestversammlung statt. An der Versammlung beteiligten sich weit über 1000 Personen, worunter sich zahlreiche Kommunisten befanden. Da der Referent der Versammlung, Abgeordneter Genosse Solitscher, dienstlich am Erscheinen verhindert war, sprach an seiner Statt Genosse Jaskin-Komotau über die „Ruhrbesetzung und Kriegsgesfahr“. Nach einer trefflichen Schilderung der gegenwärtigen westpolitischen Lage kam Genosse Jaskin auch auf die Innenpolitik dieses Staates zu sprechen, die immer mehr und mehr in das Fahrwasser der Reaktion gerate. Zu sei das eben in Beratung stehende Gesetz zum Schutze der Republik ganz danach angetan, den letzten kümmerlichen Rest von Demokratie in diesem Staate zu vernichten und die Brutalschicht gegen die Arbeiterschaft zum Staatsprogramm zu machen. Der Redner erklärte unter einmütigem Beifall der Versammlung, daß dieses Gesetz nicht die Sicherheit der Republik, sondern eben den Zerfall dieses Staates zur Folge haben müsse. Dieses Gesetz werde gleichzeitig mit dem in diesem Staate bestehenden Gewaltsystem enden. Vom Regierungsvertreter zur Mäßigung gemahnt, erklärte Genosse Jaskin, daß Mäßigung eher bei den maßgebenden Behörden am Platze wäre. Es sprach dann noch einer unserer Genossen, worauf auch der Kommunist Wünsch das Wort ergriff. Der kommunistische Redner, der bei den Ausführungen des Genossen Jaskin beifällig und sie als richtig anerkennt nicht, konnte nicht umhin, auch einige kommunistische „Schläger“ gegen die Sozialdemokraten vorzubringen. Seine Ausführungen waren jedoch sehr gemäßig-

Nun nehmen die Dinge einen raschen Verlauf. Hajda, der mit Kollschals Feindschaft Beziehungen angeknüpft hatte, versucht in Wladivostok mit den Bolschewiken einen Aufstand, wird aber von den Japanern niedergeworfen und von Kollschals General Nogonow verhaftet. Auf Verlangen des tschechischen Stabs wird er allerdings freigelassen, muß sich aber verpflichten, binnen drei Tagen Rußland zu verlassen. In Scharan angekommen, sucht er Verbindung mit den Nationaldemokraten und mit Frankreich, zugleich aber verhandelt er mit den Bolschewiken.

Wenn auch Hajdas Aufstand mißglückt ist, so ist damit Kollschal doch nicht gerettet. Während die Sowjettruppen heranrücken, bricht in Mittelsibirien ein Aufstand aus. Die Vertreter der Zentrunos, der Kooperativgenossenschaften, der Bauernverbände und der sozialistischen Parteien bilden eine Regierung des „politischen Zentrums“, die von den tschechischen Führern anerkannt wird und ihr dafür die Unterstützung bei der Evaluierung verspricht. Eine Hilfe findet Kollschal beim „Ataman“ Semenow in Tschita, der seine „wilde Division“ schickt, aber dieser wird von der revolutionären Armee auf's Haupt geschlagen. Semenow, der im Osten mit Unterstützung der Japaner eine despotische Herrschaft aufgerichtet hat, droht nun, die Abreise der Tschechen durch Zerstörung der Tunneln zu verhindern, schließlich greifen aber die Japaner ein und sichern den Tschechen die friedliche Durchfahrt. Mittlerweile vollzieht sich Kollschals Schicksal. Zuerst gerät sein Goldschatz in die Hände der Aufständischen und nachdem seine Schwache zu den Russen übergegangen ist, wendet er sich an die Verbündeten um Schutz. Er muß zurücktreten und wird dem Schutz der tschechischen Armee übergeben. Unter dem Druck der Verhältnisse gibt General Janin den Aufstand, ihn der Regierung des politischen Zentrums auszuliefern. Aber diese kommt einer Verhaftung zu seiner Befreiung auf die Spur und läßt ihn, mit seinem Kriegsminister Bepelsojew am 7. Februar 1920 in Irkutsk erschießen. An demselben Tage wird auch der Waffenstillstand zwischen der tschechischen Armee und den Bolsche-

wiken abgeschlossen und damit ist die friedliche Abfahrt in die Heimat gesichert.

Es ist begreiflich, daß die gewaltsamen Ereignisse, die die Legionäre mit erlebt, die revolutionäre Gärung, in deren Mitte sie durch viele Jahre geirrt hatten, nicht ohne Eindruck auf sie geblieben war. Erkant sie die nationalsozialistische Bewegung als andere Menschen zurückzuführen, als die waren, die vor sechs Jahren angetreten waren, andere als die sie erwartet hatte G. P.

Schriften Masaryks.

Für die in Rußland kämpfenden tschechischen Legionen schrieb T. G. Masaryk im Jahre 1917 mitten in den Stürmen der russischen Revolution in Petersburg eine Broschüre den Legionären Zweck und Ziel ihres Kampfes — wie Masaryk sie aufzufasse — darlegen sollte. Während seiner Reise durch Sibirien und über den Stillen Ozean hat Masaryk dann das Manuskript zu einer großen politischen Programmschrift umgearbeitet, die hart am Vorabend des Zusammenbruchs der Mittelmächte in Amerika erschien. Ein Vergleich dessen, was Masaryks Schrift, die er „Das neue Europa“ nannte enthält, mit den Ergebnissen der französischen Friedensschlüsse lehrt, wie groß der Einfluss der Ideen Masaryks auf die leitenden Staatsmänner der Entente war und wie sehr diejenigen recht haben, die den jetzigen Präsidenten der Tschechoslowakei zu den bedeutendsten Persönlichkeiten des Weltkrieges zählen. Da die deutsche Ausgabe des Buches (Verlag Buchhandlung C. A. Schwetschke und Sohn, Berlin 1922) mit unbedeutendem Text erschienen ist, zeigt sie alle Spuren, das heißt in gewissen Sinne alle Mängel einer politischen Propagandaschrift. Masaryk ist nicht wie viele Schriftsteller der Entente, ein Verkünder unbedingten Deutschnasses, er anerkennt im Gegenteil die großen Leistungen des deutschen Volkes auf allen Gebieten des Geistes und nennt die Großen von Weimar wiederholt seine Lehrer. Aber ein genaues und gerechtes Abwägen der kämpfenden Parteien bietet diese Streichschrift natürlich trotz-

dem nicht. Masaryk kennt die schwache Seite seines Buches und sagt selbst, er erwarte den Einwand, es sei nur die eine Seite kritisch beleuchtet worden. Tatsächlich ist „das neue Europa“ eine zum Teil sehr gerechte Kritik des Alldeutschtums (= „Angermanismus“), aber Masaryk läßt dadurch, daß er mehr als billig verschweigt, die Gefahren allzu ideal erscheinen. Es ist eine Münze mit ungeprägter Reversseite. Masaryk wollte vor allem die Sympathien der Ententestaatsmänner für Österreich gewinnen. Daher mußte er die Rolle, die die Deutschen in Österreich spielten, ins grelle Licht rufen. Nun war sicher die österreichische Außenpolitik nur noch ein Exponent der Berliner Diplomatie; den Eindruck der Vorherrschaft der deutschen Minorität in der inneren Politik Österreichs dagegen kann Masaryk wieder nur erreichen, indem er einiges nicht Unwichtige verschweigt. An anderen Stellen gibt Masaryk zu, daß der Hauptgrundlag der Wiener Politik das „divide et impera“ war und daß die Nationalen gegeneinander ausspielte. Trotzdem erwähnt er nicht, daß die deutsche Minorität nicht als solche herrschte, sondern daß die Deutschbürgerlichen mit irgendeinem Bundesgenossen, meist war es der Polenklub, regierten und daß es in Österreich auch Zeiten gab, da die slavisch-meritalken Regierungsparteien gegen die deutsche Opposition standen. Es ist ferner ganz richtig, daß die böhmischen Länder 57% der direkten Steuern Österreichs zahlten, aber man könnte vielleicht hinzufügen, daß zwei Drittel dieser 57 Prozent von den deutschen Minoritäten geleistet wurden. Die Stellung Masaryks zur Minoritätenfrage in den Sudetenländern ist ja aus seinen Vorkämpfen bekannt. Neben den Angermanen greift Masaryk oft und heftig die marxistischen Sozialisten, vor allem Kerner, an. Die antimarxistische Schule identifiziert er sogar gern mit den alldeutschen Anexionisten. Den historischen Materialismus bekämpft er besonders in der Kriegsschuldfrage und auch gegen den Pazifismus der Sozialisten findet er scharfe Worte. Man sieht klar, daß Prof. Masaryk in seinem Kampfe gegen das Alldeutschtum und die mitteleuropäischen Theokratien als Bundesgenosse des westeuropäischen Großkapitals

auch stark unter den Einfluß der kapitalistischen Ideologie geraten ist. So kommt es, daß Masaryks politische Lehren trotz geschicktester Argumentation Widersprüche aufzeigen, die die marxistische Auffassung nicht kennt. Und Masaryks Persönlichkeit selbst läßt sich nur ganz begrenzt, wenn man sie mit den Augen des marxistisch Geschulten betrachtet. Nur so wird der tiefste Widerspruch im Wesen des großen Mannes klar, daß er, der auch heute noch seine Humanitätsideale, die schließlich einbezügig formuliert sind — ich greife willkürlich einen Satz aus dem vorliegenden Buche heraus: „Die Unterdrückung einer Nationalität ist mir eine Sünde gegen Menschheit und Menschlichkeit.“ — verteidigt, doch das Oberhaupt eines Staates sein kann, der das Werk von Versailles und seine Folgen billig und mit allen Mitteln schützt. — Auszüge aus „Das neue Europa“ enthält auch neben zahlreichen anderen Aufsätzen die „Auswahl aus Masaryks Werken“, die Professor Kuffse unter Beihilfe von Masaryks Sekretär Dr. Strach getroffen hat und die im Verlag von A. Haase in Prag erschienen ist. Die Auswahl ist nicht gerade reichhaltig und glücklich, aber auch sie zeigt deutlich das Gleiche, was aus dem oben besprochenen Buche hervorgeht. Masaryk ist vielleicht der letzte große Philosoph, der auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft die Verwirklichung ethischer und politischer Ideale anstrebt. Seine Ansichten über die Religion, die Ehe, die Liebe zeigen, wie hoch seine Ziele gesetzt sind. Aber wären sie auch tiefer gesetzt, sie sind auf dem von Masaryk eingeschlagenen Weg nicht zu erreichen. Ein eigentliches philosophisches System, das frei von inneren Widersprüchen wäre, ist Masaryks Humanismus nicht. Die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft ist zu weit vorgeschritten, als daß sie solch ein System noch hervorbringen vermöchte. Noch etwas wird der Sozialist bei der Feltung Masaryks empfinden: wir können verstehen, aber nicht missfallen, es weht uns föhlich aus diesen Blättern entgegen, wir ahnen fremde Wände und erinnern uns an die Begeisterung, mit der wir einst Gustav Landovers Offens über die gleichen Thematik mehr erlebt als gefehet haben.

Jedenfalls deshalb, weil die Mehrzahl der Anwesenden aus Sozialdemokraten bestand. Am Schluss wurde widerlegt Genosse Jassch die Anfälle des kommunistischen Redners, worauf die erhebende Versammlung in Ruhe auseinander ging.

(Allen unseren Versammlungen gegen das Schuggesetz liegt die Entscheidung vor, die wir bereits in unserer Sonntagsnummer gelegentlich unseres Berichtes über die Brünner Versammlung veröffentlicht haben.)

Telegramme.

Ungarische Streikbrecher für das Ruhrgebiet.

Ein von österreichischen Eisenbahnern zurückgehaltener Transport.

Wien, 26. Feber. In der Vorwoche wurde in Innsbruck ein Transport tschechoslowakischer Arbeiter angehalten, die nach Frankreich reisten. Die Weiterreise wurde infolge der Agitation der Innsbrucker Presse, welche die Öffentlichkeit informierte, daß es sich um einen für das Ruhrgebiet bestimmten Transport handle, verhindert. Der Transport wurde nach Linz zurückgebracht und erst nach einer Intervention des tschechoslowakischen Konsulates in Linz konnte die neuerliche Reise nach Innsbruck angetreten werden. Nunmehr wurde dieser Transport zum zweitenmale in Salzburg angehalten und wieder zurückgeschickt. Er steht nunmehr in der Station St. Gallen bei Linz. In dem Transporte befinden sich auch Frauen und Kinder. Infolge dieser Schwierigkeiten, welche bereits mehr als eine Woche andauern, sind einige Personen erkrankt und mehrere kehrten nach der Tschechoslowakei zurück. Trotz aller energischer Schritte der tschechoslowakischen Vertretungsbehörden und trotz der Forderung der österreichischen Lokalbehörden vernichte die österreichische Regierung es bis nun nicht, das Eisenbahnpersonal zu zwingen, den Transport auf die schweizerische Grenze durchzulassen.

Eine deutsche Goldanleihe.

Berlin, 26. Feber. (Eigenbericht.) Ende der Woche soll der Reichstag über die Goldanleihe beraten. Es soll ein Fond hochwertiger Wertpapiere in der Höhe von 25 Millionen Dollar geschaffen werden. Die Anleihe soll in drei Jahren zurückgezahlt und mit sechs Prozent verzinst werden. 25 Millionen sind die Banken zu zeichnen verpflichtet.

Wortleiden der Sozialdemokraten von der Regierung Cuno.

Berlin, 26. Feber. (Eigenbericht.) In einzelnen Kreisen der sozialdemokratischen Partei herrscht seit einiger Zeit das Bestreben vor, sich in der Frage der Ruhrbesetzung von der Regierung Cuno und den bürgerlichen Parteien zu trennen. Der frühere linke Flügel der U. S. V. behauptet, daß die Partei und der „Vorwärts“ dem Treiben der Nationalisten nicht stark genug entgegenzutreten. Auf dem außerordentlichen Parteitag in Berlin kam gestern die strittige Frage zur Sprache. Genosse Wels besprach zuerst die mangelhafte Finanz- und Steuerpolitik der Regierung und legte den Standpunkt der Partei dar, daß Deutschland Reparationen bis zum Ende seiner Leistungsfähigkeit leisten müsse. Man dürfe aber die Regierung nicht mitführen, sondern ihr die Verantwortung für die Politik überlassen. Genosse Rosenfeld fordert Opposition gegen die Regierung Cuno. Genosse Paul Lewi warnt vor einer Politik, die die Sozialdemokratie als Organ der Regierung erscheinen läßt. Der Sekretär der Reichsorganisation Dr. Herra fordert, daß man die Regierung im revolutionären Augenblick zum Verhandeln zwingt. Die Debatte wurde dann auf nächsten Sonntag vertagt.

Heidenten der Halenkrenzer.

München, 26. Feber. (Wolff.) Unbekannte Täter haben in der vergangenen Nacht einen Anschlag auf das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post“ verübt, indem sie in das Innere des Gebäudes einen Schuß abgaben, eine Eisenkugeln durchwarfen und mehrere Fenster einschlugen.

Das Ergebnis von Seiwels Verhandlungen in Belgrad.

Belgrad, 24. Feber. (Brecht.) In dem heute nach Abschluß der Besprechungen ausgegebenen Communiqué wird zunächst die Uebereinstimmung der politischen Ansichten festgestellt und sodann das Ergebnis der Verhandlungen ausführlich dargelegt. In erster Linie wurden vier Konventionen über die Frage der Segester, über die alten Kronenschulden, die Silberlegung von Gesellschaften und über die bosnisch-herzegowinischen Aktien unterzeichnet. Ferner wurde die baldige Aufnahme von Verhandlungen über einen Handelsvertrag auf breiter Basis mit Tarifbestimmungen vereinbart. Außerdem wurden die Fragen der Gesandtschafts- und Konsulatsgebäude der früheren Monarchie in Serbien und Montenegro, des Grenzverkehrs, der Post- und Reiseleichterungen, des Transfervverkehrs und die Frage der Rückstellung des österreichischen rollenden Eisenbahnmaterials geregelt. Eine gemischte Kommission zur Vereinigung weiterer schwöbender Fragen ist vorgesehen.

70.000 Arbeiter in Budapest im Streik.

Wien, 26. Feber. (Eigenbericht.) Da infolge einer Arbeiterausperrung in den Manfred Weiß-Werken nunmehr auch die Holz- und Ziegelarbeiter sowie die Damenschneider in den Streik getreten sind, befinden sich in Budapest 70.000 Arbeiter, also ungefähr die Hälfte der Arbeiter der Hauptstadt im Ausstand. Die von dem reaktionären Dr. Andreika, dem Chef der politischen Abteilung der Staatspolizei geleiteten Verhandlungen blieben bisher ohne Erfolg.

Klage von Feindeseigentum in Amerika.

Washington, 24. Feber. (Tsch. P.) Das Repräsentantenhaus hat heute mit 300 gegen 11 Stimmen den Gesetzentwurf angenommen, gemäß welchem von jedem Vermögen eines Angehörigen eines früheren feindlichen Staates, das in Verwaltung des Truhändlers für feindliches Eigentum steht, 10.000 Dollars zurückgezahlt werden. Ein Zusatzantrag, der die Herausgabe des gesamten Vermögens verlangte, wurde abgelehnt.

Annäherungsversuche Frankreichs an England.

Paris, 25. Feber. (Sabas.) „Matin“ führt in einem ausführlichen Artikel die Argumente hervorbringender französischer Persönlichkeiten für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit den Sowjets an. Die Anhänger dieses Gedankens erklären, daß namentlich die Alliierten im Osten Vorteile davon hätten, wenn Frankreich einen Einfluß auf die Sowjets ausüben würde. Die Gegner antworten darauf, daß Polen noch vor kurzem in präzisem Demarchen seine Besorgnis über die Gerüchte von einer Annäherung Frankreichs und Englands geäußert haben. Das Blatt bemerkt hinzu: Die französische Regierung denkt gegenwärtig nicht daran, die Initiative zu ergreifen, doch regt sie auch weiterhin private Initiative an. Weitere eventuelle Entscheidungen, bei welchen es sich aber keineswegs um die Anerkennung der Sowjets handelt, werden von der Klärung der Beziehungen Englands zu Deutschland, Litauen und der Türkei abhängen. Frankreich würde eine weitere Entscheidung erst nach einem Meinungsaustausch mit der Washingtoner Regierung treffen.

Inges-Meinigkeiten.

Ernest Renan, dessen Geburtstag sich heute zum hundertsten Male jährt — er wurde am 27. Februar 1823 zu Trequier in der Bretagne geboren, ist einer der interessantesten und markantesten französischen Gelehrten des 19. Jahrhunderts. Renan, der heute in seinem Vaterland ziemlich vergessen ist, fast mehr noch als in Deutschland, war für seine Zeit eine unheimlich einflussreiche und viel beachtete Persönlichkeit. Obwohl weder ein Denker noch ein Forscher allerersten Ranges, war er doch als wissenschaftlicher Schriftsteller von weitreichender Bedeutung und einer der glänzendsten Repräsentanten des geistigen Lebens seiner Nation. Mit großem Scharfsinn, originellen Gedanken und einer starken Neigung zu fähigen, nicht selten gewagten Kombinationen, verband er ein reiches Wissen und eine gründliche Kenntnis der historischen Tatsachen. Dabei war er ein Meisterflorer und fesselnder Darsteller und unter seinen französischen Nachkommen ein fast unerreichter Künstler des Stils. Seine Forschungen auf dem Gebiete des Christentums und der Geschichte Israels sind heute weit überholt und größtenteils veraltet. Das hindert nicht, daß sie für ihre Zeit die Bedeutung einer wissenschaftlichen Tat hatten und der religiösen Aufklärung in Frankreich unerschöpfbare Dienste geleistet haben. Sein „Leben Jesu“ („Die de Jesus“), das 1863 etwa gleichzeitig mit der zweiten (populären) Bearbeitung dieses Gegenstandes durch seinen großen Zeitgenossen und Geistesverwandten David Friedrich Strauß erschien, war für seine Heimat eine Leistung von einschneidender Bedeutung. Sein „Leben Jesu“, das in seinem Ursprungsland Tausende von Auflagen erlebte und in sämtliche Kultur Sprachen überführt wurde, liest sich wie ein Roman, weil es zum Teil wirklich ein Roman ist. Auch die anderen religionsgeschichtlichen Schriften Renans zeigen dieses Doppelgeschäft von erster und vorurteilsfreier Geschichtserkenntnis auf der einen und romantischer Geschichtsbildung und Geschichtsbildung auf der anderen Seite. Frei von diesen Mängeln sind nur wenige seiner Arbeiten. Als philosophischer Denker war Renan ohne Originalität und erhebliche Bedeutung. Auch als politischer Schriftsteller ist Renan wiederholt herabgefallen, namentlich in jenem berühmten Briefwechsel mit David Friedrich Strauß während des Krieges 1870-71 — ein Geisteskampf, der zwischen diesen beiden überlegenen Geistern in urbanen Formen geführt wurde. Renan, der für die Schwächen und Charakterfehler seines Volkes keineswegs blind war und die Schuld Frankreichs am Krieg von 1870 unumwunden zugab, warnte doch Deutschland, die Franzosen durch die Annexion Elsaß-Lothringens tödlich zu verletzen; dies würde nur dazu führen, Frankreich manfaktisch in die Arme Rußlands zu treiben und nie verlöschende Revandgefühle zu nähren und wach zu erhalten. Renan hat sich in dieser Beziehung als guter Prophet erwiesen.

Der deutschnationale Heros Dinter geklärt.

Der berühmte deutschvölkische Schriftsteller und Rassenhyger Dr. Dinter hatte gegen den Syndikus des Vereines deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Manniger, in Erfurt, einen Ehrenbeleidigungsprozeß angetrengt, bei dessen Verhandlung vor Gericht man allerlei Erquickliches über die moralische Qualifikation dieses halenkrenzerischen Helden erfuhr. Dr. Dinter hatte nämlich die genannten Manniger wegen eines Artikels geklagt, in welchem dieser die moralischen Eigenschaften jenes einer eingehenden Kritik unterzog. Dieser Artikel entstand im Anschluß an eine Versammlung, in der Dr. Dinter folgende Aeußerung machte: „Hut ab vor jedem Juden, der im Felde gefallen ist; schade, daß sie nicht alle gefallen sind!“ Diese beispiellose Gefühlsrohheit veranlaßte den Beklagten, die Öffentlichkeit durch die Presse mit der Kriegsdruckerergerei und dem unfittlichen Lebenswandel Dinters bekanntzumachen. Vor Gericht kam nun durch die Zeugnisaussagen zutage, daß sich Dr. Dinter während des Krieges monatelang in der Villa der Frau Ludendorff herumdrückte, obwohl er nicht krank war, daß er, während Tausende auf den Schlachtfeldern fielen, Zeit und Sonne hatte, seinen Hund mit dem Offiziersrod und dem Eisernen Kreuz zu behängen und so unter großem Hallo durch seinen Aufenthaltsort zu führen, und daß er bei der Mannschaft als Feigling bekannt war. Einer seiner Kameraden nannte ihn vor Gericht direkt als einen mutlosen und feigen Soldaten. Der Prozeß förderte weiters zutage, daß Dinter, nachdem er, obwohl verheiratet, aufrecherlich Vater geworden war, die Vaterschaft bestritt und erst durch die Klage des Vormundes gezwungen wurde, der Mutter des Kindes eine Abfertigung von achttausend Mark zu zahlen. Das Schöffengericht in Schmalkalden verurteilte zwar den Beklagten, da es die Kriegsdruckerergerei Dinters als nicht erwiesen betrachtete, anerkennt aber, daß der Beweis des Beklagten in bezug auf den unfittlichen Lebenswandel Dinters geklärt sei. So mußte also diese deutschvölkische Porphäre als moralisch gesäubert von der Weltstat ziehen. Mehr als dies wird das, was durch diesen Prozeß bekannt wurde, dazu beitragen, Dinter noch mehr lächerlich und verächtlich zu machen, als er es schon bisher war.

Ein Prügelstrafe. Der Ratschet Freitag, der die Volksschüler des sechzehnten Wiener Gemeindebezirkes das Christentum lehrt, hat dieser Tage den Schüler Rudolf R., den Sohn eines Arbeiters, weil er in der Pauli, offenbar infolge des „interessanten“ Religionsunterrichts, mit dem Weisheit spielte, herangeworfen und ihn ansehnlich sämlicher Schüler der Klasse mit Ohrfeigen traktiert, so daß das Kind aus der Nase blutete. Was wir berichten, um den Arbeitereltern von neuem und immer wieder zeigen, welche Vorteile ihre Kinder durch den Religionsunterricht genießen. Wie lange noch werden die Arbeiter ihre Kinder den Prügelstrafen ausliefern?

Eine dunkle Geschichte aus der Slowakei. Die „Libove Roviny“ bringen aus Kaschau folgende Nachrichten: „Das Städtchen Homonau, das in Böhmen und Mähren aus den Berichten des österreichischen Generalstabes über die Eroberung der dortigen berühmten Cote gut bekannt ist, hat seit einigen Tagen eine widerwärtige Sensation, durch die besonders die Mägen der tschechoslowakischen Beamten in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Besitzerin einer dortigen Restauration verwendete bei der Zubereitung aller Speisen Knochen und Fleischstücke von Leichen, die ihr der dortige Totengräber lieferte. Sie gab bei der Zubereitung auch Fleisch einiger Schlangen und Kröche ins Essen, wodurch sie nach einem alten Aberglauben die Zahl ihrer Gasthausbesucher vermehren wollte. Die Anwesenheit wird von der Gendarmerie untersucht. In Kaschau ist nach der Verbreitung dieser Nachricht der Postmeister J. A. erkrankt, der der älteste Stammgast der Menschenfresserrestauration während seiner dreißigjährigen Tätigkeit in Homonau war. Der ganze Angelegenheit, die bis ins Detail erhoben wird und bei der noch nicht festgestellt ist, wie viel Menschenknochen und Menschenfleisch in der Restauration gefressen und gegessen wurde, haben sich böswillige Leute bemächtigt und verbreiteten in der Slowakei die Nachricht, daß ein geschätzter Homonauer Bürger bald nach seiner Beerdigung bei einem großen Gelage aufgefressen wurde.“ — Wir geben diese ganz ungläubliche Nachricht, die ihre Kunde durch die ganze Presse bereits angetreten hat, nur mit Vorbehalt wieder.

Der jüdische Sohn der jüdischen Mutter. „Strafsl. Sozialismus“ stellt fest, daß ein Mitglied der Leitung der jüdischen Bewegung, deren Bedingungen nicht entsprechen. Dr. Brodzka nämlich hat eine jüdische Mutter, jedoch also in ihm mindestens zur Hälfte nichtjüdisches Blut umläuft. Das Blatt schlägt darum vor, bei der Aufnahme der tschechischen Jassisten eine Blutprobe durchzuführen, da doch aus der tschechoslowakischen jüdischen Bewegung Juden ausgeschlossen sind. — Wir sind auch für die Vornahme solcher Blutproben, da dies eine dem Ernst und dem Geiste der Jassisten entsprechende Veräußerung wäre.

Bank in einer Jugendvorstellung eines Berliner Amos. Wo aus Berlin gemeldet wird, geriet am Sonntag bei einer Jugendvorstellung im Volkstheater ein Filmstreifen in Brand. Im Kino entstand unter den jugendlichen Zuschauern eine ungeheure Panik, so daß viele Kinder niedergelassen und mit Füßen getreten wurden. Vier Kinder mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden, während etwa 20 mit leichten Verletzungen davontamen.

Niesengoldbleibstahl im Simpionezpreißage.

Die Berliner Kriminalpolizei hat einen Italiener namens Alimaretti festgenommen, der im Simpionezpreiß einen Goldbleibstahl ausgeführt hat, wobei ihm Gold im Werte von 570 Millionen Mark in die Hände fiel. Alimaretti bemerkte auf der Fahrt im Simpionezpreiß, in dem er als Schlafwagentraktor mitfuhr, daß sich von einem Sack eine Plombe gelöst hatte. In dem Sack befanden sich 44 Kistchen mit Gold, die eine Gesellschaft von Goldschmiedern unter falscher Deklaration über die Grenze schmuggeln wollte. Alimaretti nahm den Sack zu sich und fuhr mit dem Koffer nach Venedig, von wo er mit seiner Freundin nach Paris und Brüssel und schließlich über Köln nach Berlin fuhr. Der Diebstahl wurde inzwischen rufbar, die Niederlassungsgesellschaften mußten den Schaden ersetzen und erstatteten die Anzeige. Sonntag wurde nun Alimaretti am Sietzener Bahnhof in Berlin verhaftet. Man fand bei ihm für 50 Millionen Mark Devisen und einen Nachweis auf ein Guthaben von 100 Millionen Mark bei der „Dresdener Bank“. Nach dem noch fehlenden Gold wird g'ahndelt.

Ermächtigte Halbjahreskarten für Handelsreisende und Agenten. Das Eisenbahnministerium hat, wie das Abendblatt der „Prager Presse“ meldet, die Begünstigung der ermäßigten Halbjahreskarten den Mitgliedern des Verbandes der Vereine der reisenden Kaufleute in der Tschechoslowakischen Republik in Prag, und zwar dem Vereine der reisenden Kaufleute in Karlsbad, Reichenberg, Olmütz, Pilsen, Prag, Brerau und Teplice-Saßnau gewährt, jedoch nur solchen Mitgliedern dieser Vereine, die Handelsreisende und Agenten im Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Chef sind. Dem Verein reisender Kaufleute in Brünn wurde diese Begünstigung bereits früher gewährt. Die betreffenden Vereine hatten dafür, daß diese Begünstigung nicht Mitgliedern gewährt wird, die keinen Anspruch darauf haben. Bei der ersten Feststellung eines Mißbrauches wird die Begünstigung dem ganzen Verein entzogen, dessen Mitglied am Mißbrauch schuld ist.

Matin um 180 Millionen Mark gerahnt. Aus Gamburg wird gemeldet: Samstag nachmittags wurde aus dem Laboratorium der August Thyssen-Werke eine große Menge Platin im Werte von 180 Millionen Mark gestohlen. Der im Laboratorium anwesende Leiter wurde gefesselt und mit einem Revolver bedroht. Als Täter kommt ein etwa 25jähriger Mann in Frage, der mit den örtlichen Verhältnissen anscheinend vertraut war. Auf die Herbeischaffung des Platins ist eine Belohnung von acht Millionen Mark ausgesetzt worden.

Verleitung zum Gattenmord. Dieser Tage wurde in Lendel bei Mährisch-Schönberg der 78jährige Dominik Kotter der Gendarmerie angezeigt, weil er eine 24jährige Frau in der Tracht dazu verleitete, ihren Mann zu vergiften und dann mit ihren zwei Kindern zu ihm zu ziehen. Dafür wollte er ihr die Hälfte seines Vermögens zuschreiben lassen. Die Frau verriet den ganzen Plan der Gendarmerie, der festgenommene Kotter aber leugnet.

Selbstmord auf den Schienen. Freitag mittags warf sich nächst der Station Litzky ein Mann auf die Schienen und wurde von dem eben herankommenden Zuge überfahren. In dem Toien wurde der unterstandlose Landstreicher Franz Parabel aus Pilsen überfahren.

Kleine Chronik.

13 Personen beim Brand einer Pension umgekommen. Nach einer Londoner Meldung aus Kanjas City sind bei einem Brande in einer Pension 13 Personen ums Leben gekommen. Man vermutet, daß noch drei weitere Tote unter den Trümmern des Gebäudes liegen.

Der Veschlecher eines spanischen Kreuzers wahrscheinlich geworden. Wie die Blätter aus Konstantinopel melden, wurde der Kommandant eines spanischen Kreuzers wahrscheinlich und ordnete die Erschießung des Kalifen an. Die Offiziere gaben vor, diesem Befehle Folge zu leisten. Es gelang ihnen aber, den Kommandanten in seine Kabine einzuschließen, in welcher er starb.

Die „Börse der Arbeit“. Die „Daily Mail“ aus Durham meldet, kürzte in einer der dortigen Gruben eine Förderstraße herab. Siebel kamen sechs Bergleute ums Leben.

Untergang eines französischen Torpedozerstörer. Aus Paris wird gemeldet: Der auf der Rückreise nach Smyrna begriffene französische Torpedozerstörer „Dova“ ist Freitag bei der Insel Mykene gesunken. Bisher wurden keine Opfer gemeldet.

Durch die Lüste von New York nach Rio. Die amerikanischen Flieger Hiltun und Walter haben in diesen Tagen ihren mit allgemeiner Aufmerksamkeit verfolgten Weltflug New York-Rio de Janeiro zu Ende geführt. Die beiden Amerikaner hatten schon ein erstes Mal am 17. August vorigen Jahres von der Marinestation Rockaway bei New York aus den Flug angetreten. Fünf Tage später hatten sie aber wegen eines Notdefektes auf den Bahama-Inseln eine Notlandung vornehmen müssen, wobei ihr Apparat vollständig in Trümmern ging. Ohne sich dadurch entmutigen zu lassen, machten sie wenige Wochen später einen neuen Versuch und stiegen von Rockaway aus am 3. September an Bord eines mächtigen Wasserflugzeuges wieder auf. Sie haben jetzt das Ziel, das sie sich gesteckt hatten, endlich erreicht, nach fünf Monaten einer Anstreife, auf der sie 13.600 Kilometer zurücklegten und zahlreiche Zwischenlandungen längs der Küsten des Atlantischen Ozeans, und zwar in Florida, auf den Antillen, in Canebene und schließlich in Brasilien vollzogen. — Mit dem Schiff wäre die Reise erheblich schneller zu bewältigen gewesen!

Literatur.

Julie Vogelstein: Lily Braun, ein Lebensbild. (Verlagsanstalt Hermann Klemm, K.-G., Perlth-Grünwald.) Ein Lebensbild ist dieses Buch eigentlich nicht; es sollte eher ein biographischer Kommentar heißen. Julie Vogelstein schreibt für die, die die Werke Lily Brauns, die mindestens die „Memoiren einer Sozialistin“ schon kennen. Sie ist bemüht, den Schleier zu lüften, mit dem Lily Braun manche Ereignisse ihres Lebens in den Memoiren umgab, um den Leser darüber hinwegzuführen oder ihm ein der Wirklichkeit nicht entsprechendes Bild vorzutäuschen. Vor allem aber will Julie Vogelstein die Widersprüche im Charakter ihrer toten Freundin aufklären. Das ist ihr stiellich gelungen. Immerhin könnte das Buch noch klarer aufzeigen, die Entschiedenheit und Vergewissung, harter Gemeinschaftsgeist und rüchlosster Drang nach Durchsetzung des Individuums, die sich im Wesen der großen Frau so selbstsam paarten, aus ihrer Herkunft entspringen. Das Kind einer dem Sozialismus feindlichen Klasse, noch dazu in jenen Kreisen aufgewachsen, in denen die „Trabition“ oft eine noch größere Rolle spielt als das wirtschaftliche Machtbewußtsein, mußte Lily Braun eine Sozialistin eigener Prägung werden. Nicht der Tropfen bürgerpartistischer Blutes in ihren Adern, sondern das Bewußtsein, eine Urenkelin Jeromes von Westfalen zu sein, hat sie ständig beeinflusst. Lily Braun war eine zwiespältige Natur und auch nach den Erklärungen, die ihre Freundin nun beibringt, wird sie immer von den einen verachtet, von den anderen gehaßt werden. Allerdings hat das, was Vassalle, wenn er länger gelebt hätte, vielleicht zur Tragödie geworden wäre, auch ihr oft schwere Stunden bereitet, wir müssen aber gestehen, daß sie mit heroischem Mut bis zu ihrem Tode mit sich kämpfte, um stets das, was sie sein wollte, wirklich zu sein: eine Sozialistin. Fr.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Textilbarone im Angriff.

Erst Hungerlöhne, dann Vertragsverschlechterungen.

Durch den Arbeitgeberverband wurden im Jahre 1922 in allen Gebieten die Verträge gekündigt und die Löhne der Arbeiter herabgedrückt. Nachdem nun die Arbeitslöhne in den meisten Gebieten derart herabgedrückt sind, daß die Arbeiterschaft bei allen Entbehrungen kaum leben kann, gehen die Arbeitgeber unter Führung des Hauptverbandes daran, die Rahmenverträge zu verschlechtern. Die Unternehmer wollen jedenfalls die Arbeitszeit ausnützen und aus den Rahmenverträgen alle jene Bestimmungen ausmerzen, welche ihnen unangenehm sind. In den meisten Verträgen war die Arbeitszeit festgesetzt und die täglich zu arbeitenden Stunden ausgesprochen. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß die Arbeitgeber die festgesetzte Arbeitszeit abgeschafft und an die Stelle dieser festgesetzten Arbeitszeit freien Spielraum haben wollen. Typisch in diesen neuen Forderungen der Arbeitgeber ist, daß sie verlangen, daß der Basiss über die Arbeitszeit zu lauten hat: „Die Arbeitszeit beträgt gesetzlich 48 Stunden“. Mit diesem Satz wollen sie jedenfalls aussprechen, daß der Vertrag keine 48stündige Arbeitszeit pro Woche festlegt, sondern daß sie nur gesetzlich 48 Stunden beträgt, um sofort zu einer anderen Arbeitszeit übergehen zu können, wenn der Achtfundentag oder die 48 Stundenwoche gesetzlich aufgehoben würde. Es wird daher schon planmäßig auf die Beseitigung des Achtfundentages hingearbeitet und gleichzeitig die Bestimmung über die Arbeitszeit in den Verträgen derart stilisiert, damit sie dann sofort eine längere Ar-

beitszeit fordern können. Gleichzeitig wird in diesen neuen Vertragsentwürfen versucht, die Betriebsausschüsse bzw. die Vertrauensleute als Betriebspolizei zu degradieren. In einem Vertragsentwurf der Arbeitgeber heißt es wörtlich: „Der Betriebsausschuss bzw. die Vertrauensleute haben für die genaue Einhaltung der Arbeitszeit zu sorgen“. Wenn eine derartige Fassung in einem Verträge zugelassen würde und die Betriebsausschüsse dann gezwungen würden, für die Einhaltung der Arbeitszeit Sorge zu tragen, so würde das praktisch bedeuten, daß sich die Betriebsausschüsse in Widerspruch mit der Arbeiterschaft setzen, das Vertrauen der Arbeiter verlieren und daher zum Verzuge des Unternehmers herabstufen würden. Die Arbeitgeber wollen die Betriebsausschüsse für ihre Zwecke kennehten und versuchen, aus dem Betriebsausschüsse ein Instrument zu machen, welches sie gegen die Arbeiterschaft anwenden können. Einer derartigen Fassung werden die Gewerkschaften in keinem Verträge zustimmen, weil der Arbeitgeber sich Braune anstellen kann, welche für die Einhaltung der Arbeitszeit zu sorgen haben.

In neuerer Zeit verlangen auch die Arbeitgeber überall, daß die Bezahlung der Ueberzeit, welche im ganzen Staate mit 25 Prozent an Wochenlohn, mit 50 Prozent an Sonn- und Feiertagen und mit 100 Prozent an hohen Feiertagen entlohnt wird, herabgesetzt werden soll. Die Forderungen der Arbeitgeber gehen jetzt dahin, die Bezahlung der Ueberzeit herabzudrücken, um womöglich auf 20, 40 und 80 Prozent zu kommen. Ferner trachten die Arbeitgeber in die Verträge die Bestimmung hineinzubringen, wonach jeder Arbeiter zur Leistung von Ueberstunden verpflichtet ist. Nach unserer Auffassung ist die Leistung von Ueberstunden eine freiwillige und es geht nicht an, daß man vertraglich jeden Arbeiter zur Leistung von Ueberstunden verpflichtet und dem Arbeitgeber dadurch eine Handhabe gibt, jeden der Ueberstunden vertweigert, einlassen zu können. Ferner trachten die Arbeitgeber auch die hohen Feiertage abzubauen, indem sie den zweiten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertag nicht mehr als hohe Feiertage gelten lassen wollen, sondern sie sollen in Einklang als Sonntage behandelt werden, um dadurch die Bezahlung der Ueberzeit auf die Hälfte herabzudrücken.

Ferner wird von den Arbeitgebern in den neueren Vertragsentwürfen die Frage der Vollarbeiter aufgeworfen. Man versucht folgenden Satz hineinzubringen: „Minderleistungsfähige Arbeiter fallen nicht unter die Lohnbestimmungen des Vertrages“. Wer ist minderleistungsfähig? Wo ist die Grenze der Leistungsfähigkeit? Diese Frage muß die Arbeiterschaft aufwerfen. Wenn der Affordlohn für einzelne Waren zu niedrig berechnet ist und nur die bestqualifizierten Arbeiter den Affordlohn erreichen können, so ist dem Arbeitgeber durch diese Bestimmung das Recht gegeben, 70 bis 75 Prozent der Arbeiterschaft, die infolge schlechter Affordlöse den Vertragslohn nicht erreichen, aus den Vertragsbestimmungen auszuscheiden und dieselben außervertraglich zu bezahlen.

Die Urlaubsfrage scheint ebenfalls das Schmerzenskind der Unternehmer zu sein und soll wünschlich abgebaut werden. Typisch für diesen Urlaubsabbau ist der Entwurf der Braunauer Arbeitgeber, welche eine Kürzung von sechs auf vier Tage vorschlagen und welchen nur diejenigen Personen erköhlen, die bereits 250 Arbeitstage im Betriebe beschäftigt waren. Der Arbeiter müßte daher erst 250 Tage, d. h. über dreiviertel Jahre arbeiten, bevor er einen Urlaubsanspruch von vier Tagen erworben hätte.

Es ist aber noch nicht sicher, daß er dann den Urlaub erhält, weil es dann wieder heißt: „Wer bis 15. Oktober den Urlaubsanspruch nicht erworben hat, erwirbt ihn erst am 15. April des nächsten Jahres“, was praktisch bedeutet, daß derjenige Arbeiter, der am 20. Oktober 250 Tage beschäftigt war, diesen Urlaub nicht antreten kann, sondern noch fünf Monate auf den Urlaub warten müßte. Dadurch würde die Arbeiterschaft zum größten Teil des Urlaubes beraubt.

Die wichtigste Frage ist wohl die Vermehrung des Stuhlssystems, oder wie sich die Arbeitgeber auszudrücken belieben, „die technischen Verbesserungen des Betriebes“. Der Braunauer Entwurf bestimmt, daß dort, wo das Dreistuhlsystem bereits vor dem Kriege eingeführt war, dieses wieder einzuführen ist und daß sich bei dem Dreistuhlsystem der Durchschnittslohn um 10 Prozent über den Tariflohn des Zweistuhlsystems erhöhe. Falls jedoch weniger Beschäftigung vorhanden sein sollte und auf zwei Stühlen gearbeitet werden müßte, soll der Stundenlohn nach dem Dreistuhlsystem berechnet werden, so daß es praktisch etwa wie folgt aussehen würde: Der gegenwärtige Stundenlohn würde z. B. drei Kronen für einen Weber betragen; er bekäme einen dritten Stuhl und sein Stundenlohn würde sich um 10 Prozent, d. h. 30 h erhöhen, jedoch er bei der Bedienung von drei Stühlen 30 h mehr verdienen würde, oder praktisch ausgedrückt, er würde den dritten Stuhl pro Stunde für 30 h bedienen. Der Affordlohn würde natürlich auf drei Stühle berechnet. Falls ihm ein Stuhl weggenommen würde, so würde er nur einen Stundenlohn von 220 h erhalten. Durch diese Bestimmung würde der Vertrag in automatisch in ein Drittel sinken müßte. Der Arbeitgeber hätte dann das Recht, zu erklären, es sei wenig Arbeit, die Arbeiterschaft müsse mit dem Zweistuhlsystem zufrieden sein oder es müsse ein Drittel der Arbeiterschaft entlassen werden, was eine ungewöhnliche Lohnsenkung zur Folge hätte. Diese Forderungen der Arbeitgeber werden von den Vertretern des Deutschen Hauptverbandes der Textilindustrie, sowie vom „Spaz“ (tschechischer Arbeitgeberverband) gleichzeitig gestellt. In dieser Verschlechterung der Rahmenverträge scheint System zu liegen und diesen Forderungen scheint ein Beschluß beider Arbeitgeberverbände vorangegangen zu sein. Wenn bisher viele Arbeiter keinen allzu großen Wert auf die Rahmenverträge gelegt haben, so wird es notwendig sein, mit aller Energie gegen die Verschlechterung anzukämpfen. Sollten die Arbeitgeber elende Rahmenverträge mit Gewalt durchzudrücken versuchen, so wird zu überlegen sein, ob es nicht besser wäre, in der Krisenzeit überhaupt keine Rahmenverträge abzuschließen. Die Gewerkschaften waren bisher Verteidiger der Verträge, wenn jedoch die Verträge zu Gefeln der Arbeiterschaft werden und nur dazu dienen sollen, die Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse festzulegen, so dürfen die Gewerkschaften in dieser Frage auch zu einer anderen Kampfstrategie gelangen.

Einen Vertrag nur deshalb abzuschließen, um überhaupt einen Vertrag zu haben, wäre insbesondere bei ansteigender Konjunktur sinnlos und verfehlt. So ein Vertrag würde mehr zum Nutzen der Unternehmer sein, die während der festgelegten Vertragszeit ruhig und ungestört ihre Profite einstecken würden, während der Vertrag für die Arbeiterschaft zu gleicher Zeit eine Fessel darstellen würde, weil sie während dieser Zeit keine Aktionen unternehmen könnte. Zu derartigen Vertragsabschlüssen werden sich die Gewerkschaften von den Unternehmern nicht mißbrauchen lassen.

60.000 Metallarbeiter in Ungarn ausgesperrt. Wie aus Budapest gemeldet wird, hat am Samstag der Verband der Unternehmer sämtliche Metallarbeiter ausgesperrt. Von der Aussperrung werden mehr als 60.000 Arbeiter betroffen. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter verhandelte seit mehreren Wochen mit dem Landesverband der Unternehmer wegen Bewilligung einer Lohnerhöhung. Der Direktor des Unternehmerverbandes Theodor Kände, der während der Revolution ein ergebener Diener des sozialistischen Ministers gewesen ist, seit dem Siege der Gegenrevolution aber an der Spitze des Kampfes gegen die Gewerkschaften steht, wollte den Metallarbeitern eine Erhöhung um 20 Prozent bewilligen, doch sollte diese Erhöhung nicht im Wege der Vereinbarung, sondern durch ein Diktat erfolgen. Die Arbeiter der einzelnen Betriebe haben dieses Ansuchen des Direktors abgelehnt und sind teilweise in den Ausstand getreten. Infolge dieser Teilschläge hat nun am Samstag der Verband der Unternehmer sämtliche Metallarbeiter ausgesperrt. Die Aussperrung der Metallarbeiter dürfte Lohnkämpfe in anderen Branchen nach sich ziehen, wie sie ja auch bereits teilweise auf die Holz- und Papierindustrie übergriffen hat, deren Arbeiter gleichfalls in den Streit getreten sind.

Vor der Guldenwährung in Polen. In der Samstag im Finanzministerium stattgefundenen Konferenz zwischen den Vertretern des Finanzministeriums und den Repräsentanten der Wirtschaftskreise wurde die bevorstehende Schaffung einer polnischen Emissionsbank erörtert. Nach dem Vorschlage des Finanzministeriums würde die zu gründende Emissionsbank demnach eine beschränkte Zahl von Banknoten welche auf polnische Gulden lauteten, in Umlauf setzen, wobei diese Banknoten vorläufig nicht als einziges gesetzliches Zahlungsmittel gelten würden. Die definitive Emission der Guldenbanknoten soll erst nach Vorlage des Finanzministeriums nach Erlangung einer relativen Stabilität der polnischen Mark erfolgen.

Die englischen Löhne unter den Lebenshaltungskosten! Im Jahresbericht des „Manchester Guardian“ für das Jahr 1922 veröffentlicht Prof. Boverly einen Löhninger, aus welchem hervorgeht, daß Ende November 1922 nur die Eisenbahner und die Buchdrucker einen über die Lebenshaltungskosten hinausgehenden Lohn hatten. In den übrigen Produktionszweigen waren die Löhne bereits niedriger als es dem Lebenshaltungsniveau entsprach. Ganz wesentlich blieben unter dem Lebenshaltungsniveau die Löhne der Maschinenbau- und Bauarbeiter, der Reparaturarbeiter und der Landarbeiter. Die Preise sind nämlich seit Juni 1922 beständig geblieben, während die Löhne feiner immerfort sanken. Der Reallohn der englischen Arbeiterschaft war am höchsten im Januar 1921, als die Indexziffer für Löhne 277, die der Lebenshaltungskosten 250 betrug.

Die gesetzliche Arbeitszeit in Portugal. Während die großen und „führenden“ Nationen England und Frankreich an der Spitze der sozialpolitischen Reaktion marschieren, versuchen viele der kleinen Nationen an den sozialpolitischen Errungenschaften des Weltkrieges festzuhalten. So hat z. B. der portugiesische Arbeitsminister kürzlich eine Verordnung zur Regelung der Arbeitszeit erlassen, die den Normalarbeitslohn auf acht Stunden festsetzt. Zwar erlaubt die Verordnung Ausnahmen in gewisser Fällen (wie z. B. dringliche Arbeiten, Inventur, Kassenabrechnung usw.), läßt aber überall das Kontrollrecht den Gewerkschaftsbehörden zu. Die Verordnung, die auch die Verteilung der Ruhepausen regelt, erstreckt sich auch auf die staatlichen Betriebe und soll durch paritätische Organisationen des Staates, der Unternehmer und der Arbeiterschaft durchgeführt werden.

Der Held im Schatten.

Roman von Carl Pröger. (12)

Für den Augenschein kam Ernst Löhner gut voran. Er ging flott angezogen, rauchte fleißig Zigaretten und war Stammgast in einer ganzen Reihe von Unterhaltungsstätten. Fröhlich pfeifend schwang er sich durch die belebten Straßen, und sein weißer Strohregen wetteiferte an würgender Höhe mit jedem anderen.

Die Eltern hatten sich halb und halb mit den Dingen versöhnt. Daß Ernst Geld verdiente, und für seinen Unterhalt zahlte (nicht reich, doch recht annehmbar), schaffte ihm dadurch neues Ansehen, und da Ernst als zahlendes Mitglied der Familie nicht gewillt war, unter einer Fuchtel zu stehen, forderte er bald seinen eigenen Haus Schlüssel. Nicht etwa bittend und gutes Betragen zusichernd, sondern entschlossen, ja unerschämmt und mit dem Hinweis auf seine wöchentliche Beisteuer zum Haushalt. Selbst die Andeutung, als möbliertes Herr zu gehen, leistete er sich.

Die glücklich eroberte Schlüsselgewalt gebrauchte Ernst umfassend. In Wirtschaftshäusern und Singspielhallen sah er fast jeden Abend, und sein Auftreten verblüffte viel ältere Leute. Eine Aneide suchte Ernst wochenlang bei andern gern heim wegen des schönen, braunen Wirtstochterleins, das aber gar nichts von ihm wissen wollte. Abend um Abend hockte er in dem rauchigen Lokal, warf sehr freimütige Redensarten in Fülle um sich und erstaunte erfahrene Spieler durch seine Geschicklichkeit in allen Kartengeheimnissen.

Den älteren Gästen war sein Benehmen nicht angenehm, und ein älterer Handwerksmeister hieß Ernst einmal kurzweg einen Lausbuben, der schon längst ins Bett gehörte. Ernst steckte die Hände in die Hosentaschen, räfelte sich herausfordernd und

erwiderte, daß er ein Lausbub sei, wäre keines Vaters Schuld und täte ihm gar nicht weh; aber daß ihm das einer (nämlich ein Lausbub) sage, brauche er sich nicht gefallen zu lassen. Der wadere Meister verfiel sich vor Wut und zeigte nicht über Lust, Ernst eins hinter die Köpfe zu geben. Der sah vollkommen gelassen da, hatte aber die Hand am Bierglas und sah fest seinem Widersacher in die Augen.

Solche und andere Ereignisse brachten Ernst in den Ruf eines tüchtigen, schlagfertigen jungen Mannes, der zu den besten Hoffnungen berechnete. Die Wirtin des Bierleins grüßte Ernst ausnehmend freundlich. Sie sprach überhaupt sehr wohlwollend von der Familie Löhner, die zwei so wadere, bierfeste Männer hatte wie Johannes Löhner und seinen Sohn Ernst.

Herr Alfons Weiser hatte sich gewiß die Haare ausgerissen, wäre ihm kund geworden, daß dieses flotte Leben auf seine Kosten ging. Ernst führte seit kurzem die kleine Kasse. Daran waren tägliche Ausgaben von geringer Höhe zu bestreiten, Briefposten, Straßenbahn usw. Als guter Rechner verstand Ernst bald, Ueberflüsse zu machen, die er in die eigene Tasche steckte. Schade, daß diese Ueberflüsse eigentlich nur Buagewinn waren, durch Ernst Löhners verwickelte Ausschreibungen erzielt. Es kamen dabei aber doch immer einige Mark heraus, die Ernst gut und anständig unter die Menschen brachte.

Weil das Geschäft ein ganzes Jahr flott und rund ging, wurde Ernst mit der Zeit lässig, ja frech. Er hatte sich eine neue Möglichkeit ausgedacht, die er gleich zu erproben beschloß. Wenn man von den fünfzig bis hundert Briefen, die täglich in alle Welt gingen, fünf oder sechs nicht freimachte, trug das zwar nur eine Kleinigkeit ein; das Monat durch rechnete es aber doch. Die Kunden der Auskunfts „Argus“ zogen verordnete Gesicht, als sie Strafporto zahlen mußten. Doch

kleinen Beschwerden zunächst nicht ein, was Ernst als Aufforderung betrachtete, ruhig fortzuführen. Dabei sicherte er sich aber stets den Rücken, indem er den Fehlbetrag seiner Kasse für den Fall einer Unterfuchung bereithielt.

Schlecht gelaunt erschien Herr Alfons Weiser eines Tages im Kontor. Das Taraxspiel mußte diese letzten Tage auch nicht nach Wunsch gegangen sein.

„Donnerwetter nochmal! Was ist denn das für eine Schamperlei, Fräulein Rascher? Gleich drei Beschwerden über unfrankierte Briefe! Ich bin mir doch aus, daß die Augen aufgemacht werden. Wofür zahl ich Ihnen sonst das Gehalt? .. Kommen Sie doch mal mit dem Kassabuch und dem Markenbestand her, Löhner!“

Ernst folgte unbewegten Gesichtes diesem Befehl. Er lächelte innerlich, denn er wußte Buch und Bestand in schöner Ordnung. Herr Alfons Weiser rechnete, rechnete wieder, rechnete dreimal. Eine Marke zuviel war das Ergebnis.

„Donnerwetter nochmal! Da haben Sie Dösbäbel noch einen Brief unfrankiert fortgeschickt. Wenn mir das wieder vorkommt, schid ich dem Kunden das Porto und ziehe Ihnen die Kosten vom Gehalt ab. Verstehen Sie mich?“

Den hatte er schon heringelegt. Doch durfte die Geschichte jetzt nicht mehr fortgesetzt werden, sonst konnte es zu guter Letzt schiefgehen. Ernst gab das Steuergefäß vorerst auf und sah zu, wie er mit dem Gehalt auskam. Schon am nächsten Tag wechselte er die letzte Mark von den dreißig Markern, und begab sich für den Rest des Monats in die Kreide seines Stannumvortes. Dem dahheimbleiben, fiel Ernst gar nicht ein. Ernst sah den Wirt Zahl unter Zahlen schreiben und rechnete am Monatsende bare achtundzwanzig Mark heraus. Was half es, daß er sich auf die Knöchel bis und den Daumenknägel nachdenklich laute?

Davon wurde der Wirt nicht bezahlt. Die Kasse mußte also wieder helfen.

Fräulein Rascher hatte keinen Teil an diesen Geschäften ihres jungen Liebhabers. Sie ahnte nicht einmal, daß er den Kassabuch meistens in der Westentasche trug und manche kleine Rascherei aus diesem Geld bestirnt, die sie guten Gewissens schleckte. Mit solchen Dingen wollte Fräulein Rascher nichts gemein haben. Ernst dachte sich das auch und verdeckte vor Lene alles, was ihnen Verdacht erwecken konnte.

Das Verhältnis dauerte schon zwei Jahre. Raum ein Tag war vergangen ohne verschwiegene Liebeslung. Die zwei wurden sich nicht satt, Lene, weil ihr Trieb überhaupt nicht zu sättigen war, Ernst, weil er immer noch vornehmlich vom Duft und Taust des prallen Körpers lebte. Seine Leidenschaft hungerte bei dieser mageren Kost, kreiste aber hartnäckig um Lene und ließ sich von keinem anderen Weib abziehen. Lene verstand sich auf die kleinen Kniffe der Liebe gut, täuschte sich jedoch über die Gelehrsamkeit ihres Schülers. Zuerst hatte der junge Heißhörn geschäumt, wenn sie am Montag erzählte, wie gestern ihr Tänzer ausgesehen habe, wie er von ihr schwärmte und was der freche Kerl heimwärts wollte. Lene freute sich über das heftige Ausbrausen des verliebten Ernst, der schwer, nächstens jedem den Schädel einzuschlagen, der Lene anzublicken wage. Ernst hatte keinen Schädel eingeschlagen und schwor auch nicht einmal mehr, es vielleicht zu tun. Dafür sprach er von seinen Eroberungen, die er aus den Fingern zog, stellte sich wissend, ja erfahren und reizte Lene durch diese Gelassenheit, wie sie ihn mit ihren Erzählungen aufbrachte. So gleichgültig war ihr der junge Freund doch nicht, daß sie ihn mit jedem beliebigen Mädchen teilen mochte.

(Fortsetzung folgt.)

Wenarberammlung der ständigen Konsumentenkomitee. Freitag den 2. März findet um 10 Uhr vormittags im Ernährungsministerium eine Wenarberammlung der ständigen Konsumentenkomitee mit nachstehender Tagesordnung statt: Tätigkeitsbericht der einzelnen Kommissionen. Die Folgen der Reduzierung der Löhne und Gehälter. Verhandlungen über die Anträge betreffend die Arbeits- und Konsumentenkammern und freie Kräfte.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in: Berlin, Wien, Prag, etc. with exchange rates.

Züricher Schmelzkur.

Table with columns for Gold, Ware, and various items like Zurich, London, etc.

Prager Kurse.

Table with columns for Gold, Ware, and various items like 100 K. Silber, 100 K. Gold, etc.

Gerichtssaal.

Betrügerische Mietzinsmanipulationen.

Ein Hausherr von sämtlichen Parteien seines Hauses wegen Betruges gefügt.

Prag, den 26. Febr. Vor einem Strafgericht des ODBA. Entlang hatte sich heute der Ingenieur Karl Madel, der Eigentümer des Hauses Nr. 131 in Prag V., zu verantworten, weil er durch fiktive Mietzinsrechnungen die Mieter dieses Hauses in den Jahren 1920 und 1921 um insgesamt 31.970,80 K. betrogen hat. Die Anklage lautet über die Betrugsaffäre aus: Karl Madel erwirkte sich eine Ermäßigung des Mietzinses, laut welcher er eine 31-einhalbprozentige Mietzinsminderung zu verlangen berechtigt war. Die Erhöhung begründete Madel durch verschiedene Rechnungen für Kohle, Holz und Reparaturen, welche aber, wie es sich später herausstellte, entweder gefälscht oder zweimal vorgelegt worden waren. So hatte sich Madel bei einer Kohlenfirma nachträglich Rechnungen ausstellen lassen für Kohlenlieferungen, die er vor Jahren bereits bezogen hatte. Im Hause des Madel befand sich nämlich eine Zentralheizung, für welche die Bewohner jährlich einen bestimmten Betrag zu zahlen hatten. Madel hat nun durch Vorlage der nachträglich ausgestellten Rechnungen wissentlich die von den Wohnungsbesitzern zu zahlenden Kosten für die Zentralheizung um 11.530 K. erhöht. Weiters hat Madel im Kellerraum und in der Wohnung Reparaturen durchführen lassen und die Kosten dafür den Mietern angedreht. In ähnlicher Weise bezahlte er die Tapezierer eines Kellers und die Malerarbeiten, die in seiner Wohnung und in drei in demselben Hause befindlichen Geschäftsräumen durchgeführt wurden. Madel hat sogar die Reparaturkosten in einer Wohnung eines anderen Hauses in die Mietzinssteuerung einbalkuliert. Schließlich hat der Angeklagte die Kosten einer Dachreparatur, die er den Parteien aufrechnete, von der Hofdirektion nachträglich erlegt verlangt. Nach dem Gutachten eines Sachverständigen ist der vom Angeklagten angegebene Verbrauch von Kohle und Holz für die Zentralheizung abnorm. Der Angeklagte ließ sich trotzdem auf Rechnung der erhöhten Ausgaben für die Zentralheizung von den Mietern 16.783 Kronen als Vorkauf auszahlen. Ein Zeuge kann jedoch bekräftigen, daß Madel aus dem für die Zentralheizung bestimmten Feuerungsmaterial auch seine eigene Küche und das Badzimmer versorgte. Der Beschuldigte leugnet die betrügerische Absicht und verteidigt sich damit, daß er sich berechtigt (1) fühlte, alle diese Rechnungen vorzulegen und sich Vorkäufe auf die Zentralheizung geben zu lassen. Vergleichs der doppelten Ausstellung der Kohlenrechnungen behauptet der Angeklagte, daß es sich lediglich um Duplikate (?) gehandelt hat. — Bei der heutigen Verhandlung, die noch mehrstündiger Dauer wegen Vorladung neuer Zeugen vertagt werden mußte, vertrat der Angeklagte die sehr merkwürdige Ansicht, daß er als Hausbesitzer sich als Wohnungspartei des Hauses gefühlt habe und daher auch das Recht (!) hatte, die Reparaturen für seine eigene Wohnung auch auf die anderen Mietparteien abzuwälzen.

Schwere Bestrafung eines Betrügers.

Prag, 26. Febr. Heute wurde der Schlossermeister Wenzel Bobšalky aus Citov wegen verschiedener Betrugsereien zu zwei Jahren schweren Gefängnis verurteilt. Bobšalky pflegte sich gewöhnlich als Arzt vorzustellen, um dann Leute, die ihm glaubten — und es fanden sich ihrer leider genug — bei irgendeiner Gelegenheit zu besuchen oder um einen Geldbetrag zu pressen. So hat, um nur einen der vielen Fälle zu nennen, Bobšalky die Frau eines Polizeimannes, die in einer Rutze ihren kranken Mann ins Krankenhaus führte, auf der Straße au-

gehalten, hat sich als Doktor vorgestellt und versichert, die Frau samt ihrem Mann zu überreden, sich seiner Hilfe anzuvertrauen. Bobšalky fuhr dann mit den beiden zu einer Apotheke, konnte dem Kranken Aspirin und gelichete die beiden nach Hause, nachzusehen, ob „die Wohnung nicht nah“ sei. Und während der frange Mann im Bette schlief und seine Frau auf Geheiß des „Arztes“ um Fleisch gegangen war, sah sich Bobšalky die Wohnung „genauer“ an. Bei der Rückkehr der Frau hatte er es dann sehr eilig, denn „eine Operation wartete auf ihn“. Zu spät bemerkte die Familie das Verschwinden von Bretzeln im Werte von 5000 K. Sie war einem ganz ordinären Schwindler auf den Leim gegangen, genau so wie alle anderen, die erst nachher einsahen, wie dumm sie gewesen sind.

Aus der Partei.

Kreis-Konferenz in Auzig. Sonntag, den 18. März findet um 8 Uhr vormittags im Volkstheater in Auzig die ordentliche Kreis-Konferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen: Berichte, Die politische Lage (Referent Abg. Genosse Dr. Czoch), Unsere Kampfmittel, Bericht von der Reichskonferenz, Neuwahlen und Allgemeines.

Bezirks-Konferenz in Billin. Bei der halb-jährigen Bezirks-Konferenz, welche am Sonntag in Billin stattfand, waren von 19 Lokalorganisationen 17 durch 65 Delegierte vertreten. Für den Kreis war Kreisvertrauensmann Genosse Hirsch anwesend, der auch das Referat über die politische Situation erstattete. Aus dem Bericht des Bezirksvertrauensmannes Genossen Kühnel ist zu entnehmen, daß trotz der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit kein Rückgang im Markenumsatz im letzten Halbjahre zu verzeichnen war. Es wurden 171 Lokalverfassungen, davon 52 mit Referenten, im letzten Halbjahr abgehalten. Außerdem sprach auch Abgeordneter Genosse Hirsch in Billin, Langgost, Naporsch, Prešben und Kosenblatt über die Wirtschaftskrise, über die Ausbreitung und über die drohende Arbeitslosigkeit. Besonderer Bemühungen kostete es, um den Arbeitslosen im Billiner Gebiet ebenfalls die Arbeitslosenunterstützung zu verschaffen. Als dann nach vieler Mühe — denn keine Partei außer unseren kümmerte sich darum — das Recht der Arbeitslosen im großen Ganzen gesichert war, traten die Kommunisten auf den Plan und beriefen eine Konferenz ein, in der Arbeitslosenräte gewählt werden sollten. Unsere Partei lehnte ein Zusammengehen mit den Kommunisten ab und erklärte, daß wir in dieser Hinsicht unsere Pflicht erfüllt und es nicht notwendig haben, eine andere Organisationsform als unsere bewährten Kampforganisationen einzurichten. Die Aktion der Kommunisten mit ihren Arbeitslosenräten endete mit einem kläglichen Fiasko. — Aus dem Referat ist zu entnehmen, daß im Monatsdurchschnitt aufgrund des Markenumsatzes 1308 Parteimitglieder ihre Beiträge entrichtet haben. Die Kontrolle berichtete sodann über die klägliche Führung der Geschäfte; es referierte weiter der Bezirksbildungsausschuß, das Frauenbezirkskomitee, die Jugendorganisation und das Gewerkschaftskomitee. Dann wurde beschlossene, für den Verein der Kinderfreunde eine Ortsgruppe in Billin zu errichten. Das Referat des Abg. Genossen Hirsch über die politische Situation und sein Appell zum Kampfe gegen den drohenden Ausnahmezustand löste mächtigen Widerhall aus. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen und beschlossen, in allen Orten des Bezirkes in der nächsten Zeit Versammlungen abzuhalten und in ihnen diese Resolution zu vertreten. Nachdem man noch über die heutige Mission beraten und beschlossen hatte, sie so wie bisher einheitlich für den ganzen Bezirk zu veranlassen, wurde die Konferenz nach vierstündiger Dauer beendet.

Kunst und Wissen.

Ingeborg. Lustspiel von Goch. (Kleine Bühne.) Diese Komödie ist armselig an Inhalt und allzuredig an banalen Wortspielen. Sie hat eine Weibchenrolle, um deren Schicksal willen der Bürger behauptet wird, daß „man sich anliert“. Dieses läßt zwitschernde Geschöpfchen gesteht seinen Zweimännertrieb ein, der um einen angeblichen Gelehrten und um einen angeblichen Dichter kreist. Man hört von entzückenden Liebesflecken aus Frauenzunge, man sieht minutenlanges Geleise — mein Bürger, was willst du noch mehr? Zum Schluß kann der Dichter aus dem Schmutz des berühmten Dreiecks (lies: Drecks) nicht heraus und der Vorhang senkt sich zum Leidwesen des Genießers — knapp vor dem wirklich letzten Akt. Eine köstliche Figur belebt hier und da die Szene: das Original eines Mannweibes, Selbst der Diener Konjunktiv ist trotz manchen Anspruchs nicht zu einer Lustspielfigur erhoben worden. — Fel. Reiner als Ingeborg wirkte so, wie es die Rolle erforderte. Frau Hüner war als Mannweib ausgezeichnet. Herr Liebl, der die Regie inne hatte, beherrschte sich meisterhaft, wie es ein angeblich Ingeborgs Mann tun muß, wenn er sieht, daß sein „Frauchen“ jugendlicherer Beeinflussung unterliegt. Diese nahm feurig, wie es sich ziemt, Herr Eggert vor. Zu Ehren des Publikums: der Beifall war schwach. O. K.

VI. Internationale Prager Frühjahrsmesse

370 vom 11.-18. März 1923. Auskünfte, Legitimationskarten à Kc 25.— etc. beim Messamt Prag I., Altsäcker Rathaus.

„Der Evangelist“, der sich trotz seiner fünf- undzwanzig Jahre und trotz seiner demütig-geistlichen Tendenz, besser gesagt: eben wegen seiner Wirklichkeit auf gläubig-sentimentale Gemüter noch immer tapfer auf der Bühne hält, fand bei seiner Aufführung am Sonntag wiederum lebhaftesten Beifall. Wir wollen im Interesse des freisinnigen, kunstverständigen Publikums annehmen, daß sein Applaus der Kunst und nicht der Dichtung klebt. Und die Kunst dieser Oper verdient es, die Zeiten zu überdauern, die für den Text kein Verständnis mehr haben. Leider wurde die sonntägige Aufführung weit mehr dem Dichter als dem Komponisten klebend gerichtet. Es scheint, daß Kapellmeister Ullmann mehr und tiefer schürfende Proben benötigt hätte, durch die dann vielleicht auch verschiedene Unstimmigkeiten zwischen Orchester und Bühnengesang hätten behoben werden können. Die Volksszene im ersten Akt drohte einige Male zum Chaos zu werden. Von den Einzelleistungen ist vor allem der Matthias des Herrn Kubla hervorzuheben, der gesanglich voll auf befriedigte, schauspielerisch ganz ausgezeichnet war. Herr Sterned hat zwar nur einige Takte zu singen, aber diese waren so ziemlich das Beste, das man zu hören bekam. Der Johannes des Herrn Schwarz war guter Durchschnitt; aber daß man zu Beginn des letzten Aufzuges einen Totkranken vor sich hat, mußte einem wirklich erst gesagt oder gelungen werden. Herr Schwarz machte das nicht im geringsten glaubhaft und benahm sich so, als ob Johannes höchstens starke Kopfschmerzen hätte. Auch die Nonchalance, mit der dieser Künstler seine Rollen macht (vielmehr nicht macht) ist zu rügen. Sein Johannes sah nach dreißig Jahren und lebend genau so aus wie in der Blüte seiner Jahre. Von den übrigen Darstellern verdienen Herr Ludwig und insbesondere Fräulein Franz lobend erwähnt zu werden, deren schöner, tiefer, aber auch in Mittel- und Höhenlage völlig ausgeglichener Alt warm anpricht. Die Damen und Herren vom Chor wurden von den Kindern begrüßt, die diesmal besonders dransamen.

Neues Theater. Heute Journalistenvorstellung „Der Wiederherstellung Jähmuna“. Morgen Mittwoch „Der Stänkung der Jarin“, Donnerstag Gastspiel Anka „Der Evangelist“, Freitag „Der Widschuh“ mit J. Martin-Prinn als Voculus. Samstag Premiere der Hindemith-Operette. Sonntag nachm. halb 3 Uhr „Die Wajadere“, abends „Tannhäuser“ mit Richard Schudert als Tannhäuser, Arthur Fleischer als Wolfram und Maria Müller als Elisabeth.

Kleine Bühne. Heute Dienstag und Freitag die „Ingeborg“. Morgen Mittwoch Vereinsvorstellung „Musi“, Donnerstag, Samstag und Sonntag abends „Die kleine Sünderin“, Sonntag nachm. „Casanovas Sohn“.

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Der Vortrag Dr. H. Pollak findet heute nicht statt. Das neue Datum wird noch bekanntgegeben. 1460

Turnen und Sport.

D. F. C. gegen Vorwärts Berlin 12:0 (4:0). Am Sonntag hatte der Prager DFC. eine der besten Mannschaften Berlins zu Gast, die er nur deshalb mit einem so hohen Torunterschied schlagen konnte, weil seine Mannschaft den Berlinern an Technik und Zusammenhalt weit überlegen war. Den Berlinern behagte übrigens der schwere aufgeweichte Boden nicht und sie konnten höchstens in der Verteidigung noch gut gefallen. Der Sturm des DFC., der in glänzendem Zusammenhalt arbeitete, war am Sonntag äußerst schußfreudig und konnte so ein volles Dutzend Talle ins feindliche Tor befördern. Patel schloß allein sechs Tore. Hoffentlich hält die gute Verfassung der DFC.-Mannschaft auch für die Zukunft an.

Grosser Verdienst

für Herren u. Damen durch Uebernahme einer einfachen Vertretung.

Bequeme Heilmittel sowie für Nebenverdienst geeignet. Rückp. erwünscht. Jodoch nicht Bindung. Offerte an Postfach 118 Aussig a. Elbe. 160

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Sozialistische Theater-Stücke und Vortragsbücher für Vereine senden wir in großer Auswahl auf Wunsch zur Ansicht. Buchhandlung Freieheit, Teplic-Schönau, Fährsteingasse 18.

Sparta gegen F. B. Nürnberg 3:1 (0:1). Sparta, die mit Kozeluh auf der rechten Verbindung spielte, konnte der Nürnberger erst gegen Ende des Spieles Herr werden. Denn bis zur 71. Minute waren die Nürnberger in Führung und hätten das Spiel auch nicht verloren, wenn sie dem schlaffen Endspurt der Spartamannschaft etwas mehr Widerstand entgegengelehrt hätten. Bei den Nürnbergern war die linke Verteidigung und der linke Flügel hervorragend, bei Sparta entsprach nur Kadaba den Anforderungen, er war unbestreitbar der beste Mann des Feldes. Kozeluh konnte auf dem für ihn ungeeigneten Posten überhaupt wenig zur Geltung kommen. Das letzte Tor der Sparta resultierte aus einem Elfmeter. 8000 von der Sparta fast durchwegs enttäuschte Zuschauer.

Sonstige Sonntagsergebnisse. Prag: Slavia g. C. N. F. C. 4:1 (2:1). Slavia gewinnt mit einigen Erfahrenen überlegen. Brno: Slavia g. S. A. Liben 6:1 (3:1), Viktoria Zizow g. Sparta Rositz 2:0 (1:0); Union Zizow g. Olympia 2:0. Brunn: Moravia Slavia g. Amateure 10:1 (4:0), Maklasi g. Achilles 3:0 (2:0). Spiel gegen ein Tor. Der Tormann von Achilles verhindert durch sein glänzendes Spiel eine vernichtende Niederlage: Zdenice g. Slovacia Slavia-Prabitz 6:0 (4:0), A. S. A. g. Dolnicel Sp. A. Trebitz 4:2 (3:2). Troppau: D. S. B. g. D. S. A. Oberberg 11:3 (4:1). Ligaspiel. Wien: Sportklub g. Amateure 1:1 (1:0). Amateure ohne Konrad Tens und Rüd. Rapid g. Admira 3:1 (1:1), Hertha g. Hakoah 0:0, Floridsdorf g. Wacker 1:1, W. A. G. g. W. A. F. 5:3 (2:2); 2. Klasse. Bewegung XX. schlägt überraschender Weise Slavia 3:2 (1:2). Dresden: Gut Mito g. Teplitzer F. A. 6:1 (3:0). Die Teplitzer waren gegen die hervorragende kombinierende Dresdener machtlos und mußten eine ungewohnt hohe Niederlage einstecken. Frankfurt a. M. Süddeutschland g. Westdeutschland 2:1 (2:0) 30.000 Zuschauer. Schlußspiel um den DFB-Pokal.

Internationales Skispringen am Semmering. Aus Semmering wird vom 25. Febr. gemeldet: Unter großer Beteiligung und in Anwesenheit zahlreicher Zuschauer ging heute am Semmering das internationale Skispringen vor sich. Auch 29 Kontinenten aus Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei beteiligten sich daran. Der Sieg fiel auf den deutschen Mittelmeister Planik.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Advertisement for Kumerol. Backer, Bräter, Kocher. nur mit Kumerol dem feinsten Pflanzenfett aus Kokosnüssen. Kumerol - Spezial bestes streichbares Pflanzenfett.

Vorleiter: Slogfried Beck, Prag-Karolinental, Helzinschasse 7. 1487

Gerausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Advertisement for Palma. Palma Kautschukabsätze und Kautschuksohlen. Schon die Nerven, schützen die Füße, helfen sparen!